

Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Abonnementpreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Glatzstraße 4/6, durch die Filialen der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. 5 und Friedr. Str. 105, Mathiesstraße 100, sowie durch alle Anstalten zu beziehen. Preis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägertaxe 0,50 Rmt., monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägertaxe + 2,10 Rmt. Durch die Post einzahl. Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738

Postfach-Konto: Postfach-Num. Breslau Nr. 5852.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 10 W. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereins-, Verammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 3 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Glatzstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Das Ringen um die Reichswehr

heftige Debatte zum Reichswehretat im Haushaltsausschuss des Reichstages Reichswehrminister und Parteivertreter gegen Maginot - Alle verlangen auch Kürzung der anderen - Groener will Abstriche am Reichswehretat nicht zulassen - Die inneren Zustände in der Reichswehr

In der Montag-Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages leitete Reichswehrminister Groener die Beratung des Wehretats mit einer längeren Rede ein, in der er erklärte, daß der Wehretat unter dem Gesichtspunkt strengster Sparpolitik nicht sei und nicht in der Lage sei, irgendwelche Kürzungen zu machen. Der Reichswehrminister führte u. a. aus: „Erwarten Sie nicht daß ich diesmal grundsätzliche Erörterungen über die Stellung, den Zweck und die Führung der Reichswehr mache. Ich habe das schon so oft getan, daß ich mich nur meine Reden der früheren Jahre zu bedienen brauche. Ich habe aber ausdrücklich betont, daß mich alle Angriffe von links und rechts nicht dazu veranlassen können, die von mir vorliegende Linie in der Führung der Reichswehr auch im Haushaltsausschuss zu ändern. Denn ich bin der festen Überzeugung, daß die von mir vertretenen Grundsätze allein gewährleisten, daß die Reichswehr überparteilich und dem politischen Leben entzogen bleibt. Die Reichswehr dient dem Staat, nicht Parteien. Daran habe ich unverrücklich fest. Ebenso ist es meine selbstverständliche Pflicht dafür zu sorgen, daß die Reichswehr das erhält, was sie für die Erfüllung ihrer Hauptaufgabe, den Landeschutz, braucht. Auf Einzelheiten werde ich in den Reden der Sprecher der Parteien eingehen. Zunächst aber will ich die Angriffe zurückweisen, die aus dem Auslande gegen uns gerichtet worden sind.“

Der französische Kriegsminister Maginot hat vor der französischen Kammer erklärt, es nicht anerkennen zu können, daß auf dem Gebiet der Reichswehr alle Völker einen Anspruch auf Behandlung gleichem Fuß hätten. Demgegenüber erklärte ich: Deutschlands Stellung ist im Versailler Vertrag damit begründet worden, daß die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung zwischen den Nationen ermöglichte. Deutschland hat diese Verpflichtung erfüllt. Wir sind abergerichtet in einem Maße, das in der Welt ohne Beispiel ist. Die anderen Mächte aber haben sich nicht, uns auf dem Wege der Abrüstung zu folgen. Daß es hierbei um eine rechtlich verbindliche Verpflichtung handelt, ist maßgebende Staatsmänner der anderen Seite wiederholt betont. Wir haben das Recht zu verlangen, daß die Ungleichheit der Rüstung, die durch Deutschlands Vortausleistung auf dem Gebiete entstanden ist, gemäß den Vertragsbestimmungen eine entsprechende Nachleistung der anderen Mächte auslösen wird.

Wir haben das Recht auf denselben Grad von Sicherheit, wie die anderen Staaten für sich in Anspruch nehmen. Wir haben unsere Forderung auf allgemeine Abrüstung, als unsere Aufgabe unserer Zeit. Deutschland ist bereit und ist bereit gewesen, an jeder Art von Abrüstung positiv mitzuwirken, die auf der Grundlage der Gleichberechtigung von allen Mächten beruht. Herr Maginot hat nun darauf hingewiesen, daß die Zahl seiner Divisionen gegenüber dem Stand von 1913 nicht vermindert und heute weniger Mannschaften bei der Fahne hat. Statt der dreijährigen habe es die einjährige Dienstzeit eingeführt. Wir können diese Organisationsänderungen des französischen Heeres nicht als Abrüstung anerkennen. Es handelt sich um eine wohlwollende Umriistung, die den Kriegsvorgängen und der rapiden Entwicklung der Kriegstechnik Rechnung trägt. Die Schlagkraft der französischen Armee nicht vermindert, sondern beträchtlich vermehrt hat.

Der Wert eines Heeres richtet sich nicht nach der Länge der Fronten, sondern nach der Intensität der Ausbildung, nach der der ausgebildeten Rekruten nach der Zahl und der Güte der Materialien. Frankreich hat nach nicht damit begonnen abzurüsten. Es hat sich vielmehr durch seine neue Heeresorganisation eine stärkere und schlagfertige Kriegsinstrument der Welt geschaffen.

Abg. Schöler (Soz.) führte als Berichterstatter u. a. aus: „Ich gehöre nicht zu den Reichstagsmitgliedern, die einen wesentlichen Erfolg von der Abrüstungsfortschritt erwarten. Deutschland ist verpflichtet auf der ganzen Linie, und ich frage, warum die anderen Mächte das nicht auch getan haben, obgleich der Versailler Vertrag diese Abrüstungsverpflichtung vorsehrt. Das Gegenteil ist der Fall. Europa hat heute in Waffen. Deshalb ist es nicht überflüssig, daß bereits jetzt Versuche eingeleitet, die Abrüstung zu beschleunigen, was vor allem dadurch geschieht, daß bereits in Deutschland habe gar nicht abgerüstet. Die Internationale Militärkommission hat unsere Abrüstung nicht kontrolliert und festgestellt, daß wir unsere Abrüstungsverpflichtungen in vollem Umfange durchgeführt haben. Aber wenn wirklich das es möglich ist, in Deutschland geheime Rüstungen zu betreiben? Was können denn die Deutschen an sich machen, wenn die Waffen fehlen, wenn sie nicht ausgebildet und diszipliniert sind? Im französischen Parlament hat der Abgeordnete Bouillon-Lafont erklärt, Frankreich vergrößere über 270 000 Mann. Deutschland habe es hingegen ein Drittel der Schutzpolizei bereits auf 250 000 Mann gebracht. Wie kann die Schutzpolizei für die Reichswehr gar nicht weniger loslassen kann. Will man denn den Disziplinar- und Disziplinierungsmitteln übertragen? Wenn man alles, was die Uniform trägt der Reichswehr zurechnen möchte, dann man in auch die Feuerwehre und Gendarmen. Einer

solchen Umdeutung der Wahrheit muß mit aller Schärfe entgegengetreten werden und es ist festzustellen, daß die Sozialdemokraten in Frankreich diesem Kriegstreiben entgegengetreten sind. Abg. Erling (Ztr.) weist als Berichterstatter darauf hin, daß die Kritik an der Reichswehr immer mehr nachlasse. Von verschiedenen Seiten seien Kürzungen am Wehretat gefordert worden. Der Berichterstatter habe jedoch schon darauf hingewiesen, daß der größte Teil der Ausgaben zwangsgemäß festgelegt sei. Der Löwenanteil entfalle auf Personalausgaben und Ausgaben für Verpflegung und Bekleidung. Für Waffen und Heeresgerät verblieben nur 66 Millionen Mark. Hieran könne man größere Abstriche nicht vornehmen, da es nicht allein darauf ankomme, daß die Reichswehr schon besoldet sei und gute Unterkunft habe. Es komme darauf an, was sie im letzten und größten Augenblick leiste. Abg. Schöler (Soz.) behauptet, daß der Reichswehrminister Abstriche an seinem Etat nicht vornehmen lassen will: Wenn infolge der großen Finanznot des Reiches alle Ministerien sich Abstriche gefallen lassen müßten, so könne auch das Reichswehrministerium hierin keine Ausnahme machen. Bedauerlich sei das Steigen der Ziffer der Selbstmorde in der Reichswehr.

Den Ausführungen des französischen Kriegsministers Maginot sei ganz entschieden zu widersprechen. Sie seien gerade vom Standpunkt der Befriedung Europas und der allgemeinen Abrüstung aufs Tiefste zu bedauern. Solche Schwarzmachereien, wie sie Maginot betreibt, vergifteten lediglich die internationale Atmosphäre, ebenso wie die Zankspielerei des Berichterstatters in der französischen Kammer, Herrn Bouillon-Lafont. Gerade

Moralische Stümpfung der deutschnationalen Sabrier im Reichsrat

Wenn das deutsche Volk dem Osten hilft, schimpfen und geifern die Deutschnationalen

Der Reichsrat verabschiedete am Montag mit Stimmenmehrheit das Döhlgesetz. Außerdem gab er dem Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung und dem Arbeitsbeschäftigungsgesetz, beides Bestandteile der Döhlaktion, seine Zustimmung.

Die von dem zuständigen Ausschuss des Reichsrats an dem Gesetz vorgenommenen Veränderungen bzw. Erweiterungen wurden vom Plenum des Reichsrats gutgeheißen. Danach werden Schleswig-Holstein und die östlich der Elbe gelegenen Teile der Provinzen Sachsen und der Länder Sachsen, Anhalt und Oldenburg in den sämtlichen Bereichen der Entfaltung eingeschlossen. Der dortige Antrag auf Einbeziehung der hiesigen Ostgrenze wurde vom Ausschuss abgelehnt.

Die Reichsregierung liegt im Ausschuss folgende Erklärung zu Protokoll geben: „Die Reichsregierung erkennt an, daß ähnliche Verhältnisse, wie sie in den im Gesetz aufgeführten Kreisen bestehen, auch andere Landesteile bedürfen. Eine Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Hilfsmittelmaßnahmen über die im Katalog bezeichneten Gebiete hinaus ist der Reichsregierung jedoch wegen der angespannten Finanzlage nicht möglich. Die Reichsregierung beabsichtigt, von der Ermächtigung möglichst weitgehend Gebrauch zu machen, sobald sich die Möglichkeit dazu ergibt. Die Reichsregierung betrachtet das bairische östliche Grenzgebiet als eine durch die politische Grenzziehung wirtschaftlich und kulturell bedrängte Grenzzone.“

Vor der Abstimmung ließen zahlreiche Länder und Provinzen Erklärungen abgeben. So die bairische Regierung, daß sie die Rechteinbeziehung der hiesigen Ostgrenzen bedauere, aber von einem dahinspielenden Antrag mit Rücksicht auf die von der Reichsregierung im Ausschuss abgegebene Erklärung abstehe. Der Vertreter Ostpreußens, der deutschnationale Reichsrat von Geyl, zeigte sich wieder einmal als reiner Parteivertreter. Er erklärte, daß das Döhlgesetz keineswegs die Möglichkeit biete, die in Ostpreußen bestehende Not zu beheben. Infolgedessen sei er nach eingehender Prüfung der Gesamtlage zu der Überzeugung gekommen, daß er bei Anerkennung der Absichten aller beteiligten Stellen die Verantwortung für das Gebiet vor seiner Heimat und vor seinem Gewissen nicht mittragen könne. Er wolle aber auch nicht gegen das Gesetz stimmen, da es dem Osten wenigstens einige Hilfe bringen könne und werde sich deshalb der Stimme enthalten. Reichsminister Trepsmann erwiderte dem deutschnationalen Reichsrat sofort, daß die Reichsregierung mit dem vorliegenden Gesetz nur bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Trotzdem nehme sich der Vertreter der Provinz Brandenburg, ebenfalls ein deutschnationaler Reichsrat, die Forderung eines deutschnationalen Parteifreundes aus Ostpreußen zum Vorbild, indem er auch erklärte, daß er der Vorlage nicht zustimmen könne, da sie den Wünschen seiner Provinz nur unvollkommen Rechnung trage.

Der Vertreter Ostpreußens begründete darüber die Döhlaktion, obwohl die Wünsche seiner Heimat darin nicht 100prozentig erfüllt seien. Als dann der Vertreter von Bremen mit Rücksicht auf die Erklärungen der deutschnationalen Agitatoren im Reichsrat den Antrag auf Vertagung der Abstimmung stellte, da er zunächst

die deutschen Sozialisten, die mit ganzem Herzen für den Frieden und die Abrüstung eintreten, hätten ein Recht, solche nationalsozialistischen und militaristischen Hege zu verdammen. Außerordentlich dankenswert sei es, daß die französischen Sozialisten ebenfalls mit aller Schärfe gegen solche Reden protestiert haben. Es sei unmöglich, daß im deutschen Volk von der für Frieden und Menschlichkeit kämpfenden Mehrheit der Kampf um die Abrüstung erfolgreich geführt werden könne, wenn der Kriegsmilitarismus des Nachbarvolkes offiziell erkläre, das deutsche Volk müsse für alle Zeiten niedergehalten werden, die Abrüstung der anderen Länder Europas brauche nicht der deutschen Abrüstung im gleichen Maße zu folgen.

Der Redner beschäftigte sich dann mit den merkwürdigen Umständen, unter denen es sich zeige, daß ausgezeichnete Mitglieder der Reichswehr sofort zur Nationalsozialistischen Partei hinüberwechseln. Dies liege doch die Vermutung aufzuheben, daß in der Reichswehr selbst der Boden für diesen schnellen Uebertritt vorbereitet werde. Diese Vermutung werde auch gestützt durch die Behauptungen der nationalsozialistischen Agitatoren, wonach 80 Prozent aller Reichswehrangehörigen nationalsozialistisch gewonnen sein sollten. Auch brühe sich die Nationalsozialistische Partei damit, daß sie in der Reichswehr eine außerordentlich gut organisierte Zellenarbeit leiste, die die gesamte Reichswehr zerfetzen soll. Man brauche aber sicher nicht daran zu zweifeln, daß der Reichswehrminister selbst den ehrlichen und energischen Willen habe, die Reichswehr aus dem politischen Kampf herauszuhalten. Auch die Maßnahmen, die der General von Hammerstein betreiben habe, seien durchaus in diesem Sinne. Vielleicht erweise es sich, daß die Maßnahmen noch nicht scharf genug durchgeführt seien und der Befehlsgewalt der obersten Kommandostellen noch schärfere Form gegeben werden müsse. Die Reichswehr sei ein kostbares Instrument, das dem Staate dienen solle; werde der Geist dieser Institution durch demagogische Parteitagitation vergiftet und zerstört, so werde die Reichswehr unbrauchbar für ihre Bestimmung, sich als ein Teil des deutschen Volkes zu fühlen und im Notfall das deutsche Vaterland zu schützen.

Abg. von Seidt (D. Sp.) erklärte zum Leipziger Hochverratsprozeß, daß er nach reiflichem Ueberlegen zu der Einsicht gekommen sei, daß dieser Prozeß eigentlich nicht nötig gewesen wäre. Selbstverständlich hätten die Schuldigen unbedingt bestraft und die Unwürdigen ebenso unbedingt aus dem Heere entfernt werden müssen. Aber das alles hätte sich auf disziplinarische und kameradschaftliche Weise erledigen lassen können. Durch die

seiner Regierung berichten müsse, nahm der preussische Staatssekretär Dr. Weismann das Wort zu folgender Erklärung: „Ich habe volles Verständnis für die Gefühle des Berichters von Bremen, die von den Vertretern vieler Länder geteilt werden. Auch ich war über die Erklärungen der Vertreter von Ostpreußen und Brandenburg außerordentlich erstaunt.“

Man verlangt von sämtlichen Teilen Deutschlands, daß sie für die hartbedrängten östlichen Grenzprovinzen Opfer bringen und wenn dieses Verlangen erfüllt wird, bekommt man als Dank dafür die Antwort, daß man nicht bis hundert Prozent erfüllt habe.

Die Vertreter von Ostpreußen und Brandenburg wissen sehr wohl, daß die Reichsfinanzen unmöglich dazu ausreichen, um das ganze deutsche Reich zu sanieren, und das ganze deutsche Reich ist doch heute ein Notgebiet. Die Preussische Regierung hat immer darauf gedrungen, die Aktion auf Ostpreußen und die wirklich abgegrenzten Gebiete zu beschränken, weil diese weitere Ausdehnung zu unabsehbaren Konsequenzen führen müßte. Trotz der verständlichen Erregung, die sich infolge der Erklärungen der Vertreter von Ostpreußen und Brandenburg aller Reichsratsmitglieder bemächtigt hat, bitte ich den Vertreter Bremens doch seinen Antrag zurückziehen, weil sonst die Gefahr besteht, daß vielleicht der Reichstag gar nicht mehr in die Lage kommt, vor der Osterpause das große Werk der Döhlhilfe zu verabschieden.

Reichsminister Trepsmann: Ich darf mich diesen Worten anschließen. Die Reichsregierung war sich darüber klar, daß in der heutigen Notlage die Gefahr besteht, daß jeder die Meinung vertritt, daß sein Gebiet wegen der besonderen Notlage an der Spitze der Leiter stehen müßte. Wir haben aber den dringenden Wunsch, das Döhlgesetz dem Reichstag so schnell vorlegen zu können, daß es noch in dieser Tagung verabschiedet werden kann.

Der Vertreter Bremens zieht daraufhin seinen Antrag zurück, so daß zur Abstimmung geschrieben und das Gesetz trotz der Opposition der deutschnationalen Provinzvertreter angenommen werden kann.

In den Beschlüssen des Reichsrats in der Frage der Döhlhilfe muß ein Rörigen gesagt werden. Wir sind hier, ebenso wie alle anderen Zeitungen Niedererschleßens, wiederholt dafür eingetreten, daß die Döhlhilfe auf ganz Schlesien ausgedehnt wird. Dabei handelt es sich um eine Ausdehnung des Bereiches innerhalb des Gebietes selbst, für das die Döhlhilfe gebacht ist. Wenn aber jetzt der Reichsrat die Döhlhilfe gar noch auf Teile der Provinz Sachsen und des Landes Sachsen sowie auf Schleswig-Holstein ausdehnt, so kann das nur als großer Anfang und als eine völlige Verzerrung des Sinnes und des Zweckes der ganzen Aktion bezeichnet werden. Wenn das so weiter geht, so besteht bald ganz Deutschland aus Ostpreußen; dann fängt bald der Osten - im Wechten an. Die vorhandenen Mittel werden auf diese Weise so zerstückelt, daß die Gefahr besteht, daß keinem einzigen Teil des deutschen Ostens wirklich wirksam geholfen werden kann.

öffentliche Verhandlung sei ein schlechter Eindruck nicht nur nach außen, sondern auch nach innen entstanden, d. h. in der Reichswehr selber.

Abg. Kändler (Soz.) machte darauf aufmerksam, daß bei den Pächtern von Kantinen in den Truppenlagern zum großen Teil nationalsozialistische Gesinnung und Parteigebhörigkeit angetroffen werde. So sei beispielsweise der Pächter Bothe im Munsterlager Gemeindevorstandmitglied der Nationalsozialisten. Aber auch bei diesen anderen Pächtern sei dies der Fall und daraus erkläre es sich, warum auch die Soldaten von diesem nationalsozialistischen Gift infiziert würden. Warum werde den Pächtern im Falle der Verpachtung einer Kantine nicht dieselbe Frage vorgelegt, wie beispielsweise Arbeiter bei der Heeresverwaltung? Wenn ein Arbeiter kommunistische Gedankengänge verrate oder gar Kommunist sei, so werde er von der Heeresverwaltung sofort in weitem Bogen herausgeworfen. Die Pächter von Kantinen könnten dagegen ungeprüft Nationalsozialisten sein und das auch offen bekunden, ja, sie könnten sogar als Grundlagen für eine nationalsozialistische Zellenbildung im Heer fungieren. Es würde sich empfehlen, wenn das Reichswehrministerium keine Verträge mit den Kantinenpächtern überprüfe würde. Auch sonst finde man, daß innerhalb der Reichswehr nationalsozialistische Gesinnung ganz offen bekundet werde. So könne man wohl den Oberleutnant Hoffmeister vom Stabe der II. Kavallerie-Division seiner Einstellung nach als Nationalsozialist bezeichnen, da er sich nachgewiesenermaßen in einem Briefe an Hitler bereit gezeigt habe, eine Führerstelle bei der nationalsozialistischen Partei anzunehmen.

Abg. Erffing (Ztr.) ist im Gegensatz zum Abg. v. Seckl der Ansicht, daß der Leipziger Hochverratsprozeß sehr lehrreich gemittelt hat. Dieser Prozeß sei ein reinigendes Gewitter gewesen; er habe den Truppen gezeigt, daß der Reichswehrminister nicht mit sich spaßen lasse. Nachdem die Offiziere in Ulm sich die schwersten Pflichtenverletzungen, die es überhaupt für einen Soldaten gebe, Rüge und Disziplinstrafen, hätten zuschulden kommen lassen, sei es notwendig gewesen, daß sie mit der Schwere des Gesetzes bestraft werden. Das Leipziger Urteil habe der weitesten Öffentlichkeit ein befreiendes Aufatmen verschafft. Es habe weitesten Schichten des deutschen Volkes eine freundliche Einstellung zur Reichswehr erleichtert.

Abg. Dr. Kälz (Staatsp.) bezeichnete den Reichswehrretat als einen für Deutschland lebensnotwendigen Etat. Mit aller Schärfe müsse gegen jede parteigängerische Zerlegungsercheinung in der Reichswehr vorgegangen werden, komme sie von rechts oder von radikal links. Niemand sei gezwungen, in der Reichswehr zu dienen. Wer aber in der Reichswehr diene, und die freiwillig übernommene treue Pflicht gegenüber seinen Vorgesetzten und seiner Regierung breche, der handele ehrlos und verdiene, auf das Schicksal bestraft zu werden.

Abg. Laß (Soz.) begrüßte die Festigkeit des Reichswehrministers und insbesondere auch den Umstand, daß nach dem Leipziger Hochverratsprozeß keine schmählische Segensdichtung erfolgt ist. Nationalsozialistische Elemente seien immer noch in der Reichswehr vorhanden. Der Erfolg des Verfalls v. Hammerstein sei unbedingt notwendig gewesen.

Abg. Dr. Nofes (Soz.) erklärt, es gehöre auch zur Kritik, daß man offen und ehrlich ausspreche, wenn man etwas für gut befunden habe. Er habe sich eingehend in Lazaretten umgesehen und könne nur sagen, daß er als Arzt überall in der Reichswehr durch die dort vorgefundenen Einrichtungen in größte Beschönigung versetzt worden sei.

Abg. Dr. Seher (Soz.) erklärt, Heer und Volk müssen durch die gleichen Inzidenzen innig miteinander verbunden sein. Was aber habe man bisher in der Reichswehr von solchen Deutungen des Volkes gehört? Und warum gebe die Reichswehrleitung die Volksdeute nicht auch ihren jungen Soldaten. Warum werde den Soldaten nicht aus der Gehörigkeit gezeigt, daß alle Väter ihre größten Leistungen erlangt und erlangt hätten nicht als Rekrute von Diktatoren, sondern als freie Staatsbürger der Republik, die für ihre innere Hebung und für ihre Freiheit lebten und starben? Warum werde nicht die Geschichte des französischen Herzens zum Beispiel genommen, das nach dem Zusammenbruch der Monarchie unter der Verantwortlichkeit der Offiziere litt, die nicht wußten, ob sie aus Monarchisten oder Republikanern sein sollten. Und das erst wieder groß und rühmend geworden sei, als jeder Offizier und jeder Mann sich handlungslos zur Republik bekannte. Mit Verzeihungen und auch mit solchen Kompromissen könne man nicht zu einem gesunden Aufstieg gelangen. Wenn also die deutsche Reichswehr gesund und kräftig sein soll, so müsse der republikanische Gedanke in ihr gepflegt werden, so müsse die Brücke gebaut werden, die die Einheit ergebe zwischen dem Denken des Volkes und seiner Wehrmacht.

Abg. Siebermann (Soz.) kritisierte finanzielle Maßnahmen, die bei Finanzunternehmungen der Reichswehr vorgenommen und einseitig nicht ganz korrekt gemessen sein sollten. Der Erfolg vom Januar dieses Jahres, der jeder Verwaltung dadurch größere Selbstständigkeit gebe, daß sie die Verfügung für Ausgaben bis zu zweitausend Reichsmark habe, sei gefährlich, denn eine unabhängige Prüfung sei bei den einzelnen Verwaltungseinheiten nicht immer möglich.

Als die allgemeine Aussprache beendet war, erklärte Reichswehrminister Dr. Groener in einem Schlußwort, daß die Reichswehr sich in der Hand ihrer Führer sei. Es sei nicht der geringste Zweifel, daß sie gegen jeden — gleichgültig, ob rechts oder links

— ihre Pflicht tun würde, der im Straßenkampf mit der Waffe die Macht erobern wolle.

General v. Schleicher wies dann noch darauf hin, daß das Reichswehrministerium bei der Beurteilung der Frage, welche Parteien als staatsfeindlich anzusehen und von der Reichswehr ausgeschlossen wären, nicht selbständig vorgehen könne, sondern sich stets an die Entscheidungen der Reichsregierung gehalten habe. Ueber die nationalsozialistische Partei ständen die endgültigen Entscheidungen des Reichsgerichts noch aus. Weiterberatung Dienstag.

Groener gegen Marginot

Für Abriktion, gegen Abriktion am Etat.

Berlin, 9. März. (Eig. Bericht.)

Der Reichswehrminister hat die Aussprache über seinen Etat im Haushaltsauschuß des Reichstages mit einer Rede eingeleitet, in der er sich vor allem mit Ausführungen auseinandersetzte, die der französische Kriegsminister Marginot vor kurzem in der französischen Kammer machte. Mit gutem Grunde, denn Herr Marginot, dessen nationalistische Gesinnung bekannt ist, hat wieder einmal die merkwürdige These vertreten, daß Deutschland als der Angreifer im Weltkrieg von Hause aus und für alle Zeit auf dem Rüstungsgebiet ungünstiger gestellt sein müsse als die übrigen Staaten und besonders Frankreich. Wörtlich hieß es da (wir zitieren nach dem amtlichen Stenogramm):

„Wenn man die Kriegsgefahren vermindern will, wenn man in der Welt eine internationale Gerechtigkeit zur Herrschaft bringen will, dann ist es notwendig und billig, und es ist gleichzeitig eine Bürgschaft für die übrigen Nationen, daß die Länder, die die Angreifer gemein sind, strengeren Rüstungsbeschränkungen unterworfen werden als die Nationen, die keine Angriffe unternehmen haben und es ablehnen, solche zu unternehmen.“

Es hat keinen Zweck, mit Herrn Marginot über die Frage der Kriegsfähigkeit zu streiten. Es würde wahrscheinlich sehr wenig dabei herauskommen. Aber selbst wenn wir uns auf den Standpunkt stellen würden, daß Deutschland der Angreifer und der allein schuldige Teil gewesen sei, so ist es doch ganz unmöglich, darauf die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die übrigen Staaten damit für alle Zukunft das Recht zu einer stärkeren Rüstung erworben hätten. Eine solche Verletzung von Licht und Schatten würde aber auch jenseit dem Versailler Vertrag wie dem Völkervertrag zwisander laufen, denn jener hat die Deutschland auferlegte Rüstungsbeschränkung als Voraussetzung für die Rüstungsbeschränkungen der anderen bezeichnet, und dieser verpflichtet die Bundesmitglieder ohne Ausnahme zur Anerkennung des

Grundsatzes, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Folge der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß zu sein hat mit der nationalen Sicherheit und mit der Erfüllung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches gehen vereinbar ist. Reichswehrminister Groener war also aus befugter, die Auslegung seines französischen Kollegen zu zweifeln, und er hätte sich dabei im übrigen auch darauf berufen können, daß die französischen Sozialisten bereits dasselbe haben.

Wir sind mit Herrn Groener auch einverstanden, wenn die internationale Abrüstung auf der Grundlage der Gerechtigkeit beruht. Nur müssen wir uns wohl darüber klar sein, daß die für das Jahr 1932 vorgesehene Abrüstungskonferenz, selbst wenn sie noch so günstig verläuft, diese Forderung nicht erfüllen wird. Ganz abgesehen davon, daß die Einigung über den Begriff „Gleichberechtigung“ nicht leicht wird man schon sehr zufrieden sein können, wenn auch die Konferenz auch nur eine erste Etappe erreicht wird. Da die Weltgeschichte, die gerade in diesen Tagen wieder englische Kronjurist Lord Cecil propagiert, nämlich eine allgemeine Sechszwanzigprozentige Verringerung des Haushalts all den Ländern auferlegt wird, die durch die Verträge nicht ohnehin zu solchen Kürzungen gezwungen sind, oder ob andere Methoden gefunden werden können, ist doch nächst von untergeordneter Bedeutung. Wesentlich ist, daß überhaupt ein erster augenfälliger Schritt getan wird, der die Voraussetzungen für weitere Schritte demselben Wege schafft.

Es ist bei dieser Gelegenheit noch eine andere Rede zu der Rede des Herrn Groener zu machen. Der Minister es entschieden abgelehnt, an seinem Etat irgendwelche Streichungen vornehmen zu lassen. Mehrlich pflegt jeder zu sprechen, wenn der Haushaltsplan seines Ressorts in der Tagesordnung steht. Doch jeder muß sich der harten Realitäten der Finanzlage des Reiches beugen, und selbst wenn Herr Groener eingelenken sollte, seinen Etat ungerührt durchs Parlament zu bringen, so wird er es sich gefallen lassen müssen, daß nachträgliche Abkürzungen vorgenommen werden, wenn er der Anspruch des Rabinetts auf das Recht zu etwaiger Verminderung der Ausgaben einen Sinn haben soll. Wir sind noch nicht, wie das von der Regierung unter dem Druck der Deutschen Volkspartei angekündigte Ermächtigungsgesetz für die im Voranschlag vorgezeichneten Ausgaben ausreicht. Wir wissen infolgedessen auch noch nicht, ob wir zustimmen können. Wir wissen aber, daß es in keinem Fall nahmen zulassen darf, auch nicht — oder noch besser gesagt wenigsten — solche zugunsten des Reichswehrretats.

Das britische Reich tritt dem Schiedsgerichtsabkommen bei

Annahme der Vorlage durch das Unterhaus mit großer Mehrheit nach nachstehender Rede Hendersons

London, 9. März. (Eigener Drahtbericht.)

Mit einer großen Mehrheit empfanden sich am Montagmorgen im Unterhaus Außenminister Henderson, um den Beitritt Großbritanniens und des britischen Reiches zu dem internationalen Pakt zu empfehlen, durch den alle Streitigkeiten zwischen den dem Völkerbunde angehörenden Staaten von einem Schiedsgericht geregelt werden sollen.

Mit einer großen Mehrheit empfanden sich Henderson, England wolle der Welt mit gutem Beispiel und Ermunterung vorangehen. Durch den Beitritt zum Kellogg-Pakt habe England bereits grundsätzlich die friedliche Austragung aller internationalen Streitigkeiten anerkannt, und es sei an der Zeit, das große Reich nunmehr zu vollenden. Vor allem aber gelte es, durch Annahme der Regierungsvorlage jene Atmosphäre zu schaffen, die Voraussetzung sei für den Erfolg der kommenden großen Abrüstungskonferenz. Mit aller Macht wandle sich Außenminister Henderson dem gegen den konservativen Ablehnungsantrag, in dem es heißt, ein internationales Schiedsgericht sei der Autorität des Völkerbundes abträglich. Die französische Kammer hat zugestimmt, für Italien versichert mir in Rom Außenminister Ciano ebenfalls den Beitritt zum internationalen Schiedspakt. Die britische Reichsregierung hat ihre Einwilligung gegeben und alle konservativen Einwände sind nicht Stichhaltig.

Seriosität bei den Konservativen, großer Beifall bei Liberalen und Arbeiterabgeordneten, als Henderson auf seinen Weg zurückkehrte. Sir James Chamberlains Gegenrede waren mehr als dürftig und wurden sowohl von dem Liberalen Sir Herbert Samuel als auch von der Arbeiterabgeordneten Frau Manning leicht zerlegt. Damit ist die Annahme der Vorlage und der Beitritt zum internationalen Schiedspakt gesichert.

London, 10. März. (Eigener Funkenbericht.)

Das Unterhaus beschloß in der Nacht zum Dienstag mit 211 gegen 130 Stimmen den Beitritt Großbritanniens zum Internationalen Schiedspakt. Im Verlauf der Debatte richtete u. a. auch der Sprecher der Unabhängigen Arbeiterpartei das große Friedenswort der Labour-Regierung, das durch diesen Pakt ein neuer wichtiger Schritt ausgeführt würde.

Nazi-Franzen gegen Maifeiertag

Die Braunschweigische Regierung hat dem Landtag Gelegenheit gegeben, nach dem der 1. Mai als Feiertag Charakters als Feiertag entkleidet werden soll. Es ist bereits das zweite Mal, daß in Braunschweig bürgerliche Regierung den Maifeiertag der Arbeiterklasse der Lüge der geistlichen Feiertage zu streichen beabsichtigt. In der Begründung ihres Gesetzentwurfs sagt die Braunschweigische Regierung, daß kein Landesangehöriger, außer Sozialdemokraten und Kommunisten, die Beibehaltung des 1. Mai als Feiertag wünsche und er deshalb abgeschafft werden könne.

Schulfeiern zum Gedächtnis an die Oberschlesienabstimmung

Amtlich wird mitgeteilt: Am 20. März d. J. sind Jahre seit der oberhalbigen Abstimmung vergangen. Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat deshalb die Schulbehörden in einem Rundbrief gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß in allen Schulen im Reich dieses Tages gedacht wird. In der Provinz Oberschlesien ist am 20. März eine Gedenkfeier zu veranstalten; der Ort nicht fällt in Oberschlesien an diesem Tage aus.

Deutsche Industrielle mit Moskau ein

Die deutschen Industriellen, die auf Einladung der Sowjetregierung etwa 14 Tage nachland, haben Moskau Montagabend verlassen und dürften am Dienstag in Berlin eintreffen.

Die russische Regierung und die Industriellen haben das Ergebnis ihrer Besprechungen eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, daß die Aussprache zu beiden beizubehaltenden Ergebnissen geführt habe, und zwar gelebte hinsichtlich einer Reihe von Beschwerden, die sich in dem bisherigen Aufnahmegericht ergeben hätten, wie auch für die künftige geschäftliche Aussprache über ziemlich bedeutende russische Beizellungen.

Der Mann am Faden

Ein Sperrmann von Herr Hellwig
Copyright by Jandereiter-Verlag G. m. b. H., Hamburg-Neustadt 27

„Hören Sie erst mal einziehen über des Geruchlich gleich künftigen?“ Das legte sagt Mary sehr langsam. Sie war müde, und es war ihr sehr unangenehm. „Warum denn so langsam?“
„Es ist doch so schön hier, hier hab ich mich als Kind gespielt, und nun soll ich auf einmal weg! Das fällt mir schwer.“
„Das macht Ihnen keinen?“ „Ich kann mir gar nicht vorstellen, daß es für Sie ein so großes Vergnügen ist, hier zu sitzen in der Erwartung zu leben! Überhaupt Sie jeder Abend sein?“
„Ich hab sehr viel gesprochen. Er wollte das kleine Mädchen eines Tages.“
„Was?“ antwortete sie nicht. „Wenn hat mir erzählt, ganz wie ich bin.“
„Nur das Sie hat denn nicht?“
„Nur“, sagte sie nervös. „Nur das ich doch Peter hier. Aber das war der Hund selbst. — Das Peter?“
„Ja, auf den ich so sehr lieb habe.“
„Sind Sie nervös?“ fragte Tom, etwas übermütig.
„Nur, der einzige Freund, den ich habe. Mirus geschworen. Er hat mich so lieb.“
„Was ist das für ein Name?“
„Das ist die Frau, die Sie heraufhaken, Herr Hellwig?“ fragte Peter mit freudigem Blick. „Aber ja, Mary, kommt mal her.“
„Was ist das für ein Name?“
„Das ist die Frau, die Sie heraufhaken, Herr Hellwig?“ fragte Peter mit freudigem Blick. „Aber ja, Mary, kommt mal her.“

Peter sagte keinen Satz mit in dem großen Garten umher und zeigte ihm dann die Stallungen. Tom hatte sich verängstigt um. Hier herrschte ein sehr seltsames Bild. Er sah sich das Geruchlich und die Stallungen mit gut gemessener Reinlichkeit an. In allen Stallungen Peters wurde er sehr verständnisvoll, obwohl er keine klare Meinung davon hatte.
„Sie gingen in das Haus, hier ist das Wohnzimmer“, erklärte Peter ruhig. „Schnell, schnell für Sie, nicht?“
„Aber Sie können sich ja umsehen, hören, was Sie wollen.“
„Ja, ich will ja nicht ganz hier stehen. Nur zum Einsehen“, meinte Tom.
„Hier ist das Arbeitszimmer. Schreibtisch, Bücherstapel, alles da.“
„Nur ich nicht“, meinte Tom.
„Nur ich nicht“, meinte Tom.
„Nur, wenn ich nicht. Meine Briefe schreibt mein Manager, und er meine Eltern schreibt ich mit der Kaffeekarte.“
„Es sind gute Briefe“, meinte Peter den Blick auf den Brief.
„Nur — ich in ich auch nicht. Das mal in den Zeitung.“
„Peter haben sie nicht für den Versuchung. Tom legte seinen Kopf auf den Tisch und schloß die Augen. Er hatte ein Gefühl, das er nicht beschreiben konnte. Er hatte ein Gefühl, das er nicht beschreiben konnte. Er hatte ein Gefühl, das er nicht beschreiben konnte.“

Spiegelnde Klänge eines stillen Sees machte das Zimmer voller als seine fabelhafte Einrichtung.
„Hier drüben ist eine kleine Kammer. Augenblicklich im Quartier. Und dies ist Fräulein Burkhards Reich.“
Peter öffnete die Tür zu Marys Zimmer. Die Tür hatte in kaltem Schatten gelegen. Aus plötzliche ihnen durch geöffnete Lücke die hell leuchtende Frühlingssonne strahlte.
Durch den Lufzug der offenen Tür blähten sich die Gardinen mit dem feinen roten Samt wie hübsche Blüten vor den Fenstern. Ueber diesem Raum lag so eine leichte, süßliche Trägheit, daß sogar der Boyer Tom Marys anhängig liegen blieb.
Auch dieses Zimmer hatte eine schöne Aussicht. Im Vordergrund drüben die grünen Blätter jungblühender Bäume. Ganz dicht vor dem Fenster blühte ein großer Korbentel. Seine Blütenkrone rundete sich herrlich.
Tom trat lautlos näher. Seine einfache Seele konnte sich keine Rechenschaft über die Empfindungen zu geben, die er in ihm empfand. Er wollte nur, daß es so schön war wie eine fabelhafte Nacht, die er am Meerstrand an einem Abend erlebt hatte. Es wunderte ihn, daß diese so verschiedenen Erlebnisse die gleichen Gefühle in ihm erweckten.
Tom unter her erstarrte jetzt Marys lebendige Stimme. „Nur, wenn ich nicht.“
„Nur, wenn ich nicht.“
„Nur, wenn ich nicht.“
„Nur, wenn ich nicht.“

Worum es sich handelt

Einige Stimmen aus der sozialdemokratischen Presse zu der bevorstehenden politischen Entscheidung

Wir stellen nachstehend einige Äußerungen aus den letzten Ausgaben einiger sozialdemokratischer Blätter zu dem in ihnen dargelegten, worum es sich eigentlich bei der Entscheidung, die die Reichstagsfraktion in den nächsten Tagen treffen hat, handelt. Es soll dadurch nicht das ganze Problem erledigt werden, das jetzt wieder vor uns steht, sondern es soll damit lediglich das Problem, das zur Zeit steht, genauer umschrieben werden.

Die „Dresdener Volkszeitung“ schreibt in einem Artikel: „Der SPD.“ u. a.: „Allerdings, es handelt sich nicht mehr darum, ob der Panzerkreuzer gebaut werden soll oder nicht, sondern ob Brüning nicht oder vor den Nazis kapitulieren muß. Politiker, für die der Panzerkreuzer ein Mittel zum Zweck ist, haben bisher hauptsächlich ihres politischen Willens war, finden unter diesen Umständen den Panzerkreuzerbau erträglicher als eine Naziregierung, die ohnehin ein Wettstreit zu Werde darstellt.“ So hat sich der bekannte pazifistische Vorkämpfer Helmuth Gerschel in der „Welt am Montag“ darüber ausgesprochen, daß für die Sozialdemokratie unter den obwaltenden Umständen eine passive Haltung zum Panzerkreuzerbau das kleinere Übel sein müsse. Ähnlich spricht sich Genosse Gerhard Seeger, M. d. R., Redakteur unseres Dresdener Parteiblattes, und ehemals Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft, aus. Auch er steht in den vordersten Reihen des pazifistischen Lagers. „Es folgt dann die Auslassung des Genossen Seeger, die wir hier unten abdrucken.“ Die „Dresdener Volkszeitung“ schreibt weiter:

„Und die „Wiener Arbeiterzeitung“ brachte kürzlich einen Artikel über die politische Situation in Deutschland, in dem sie es als selbstverständlich erklärte, wenn die Sozialdemokratie — angesichts des schicksalhaften Drängens nach der Regierung — dem Brüning-Kabinett so weit entgegenkomme, als es für die Arbeitermassen keine neuen finanziellen Belastungen oder sozialpolitischen Verschlechterungen bedeute. Wir müssen trotz dieser gewichtigen Stimmen erklären, daß uns ein Punkt gekommen zu sein scheint, wo für die Sozialdemokratie die Summe dessen, was sie bisher einer Regierung zugehen hat, zugehen muß, zu groß zu werden droht. Es handelt sich nicht nur darum, ob der Panzerkreuzer gebaut wird oder nicht, Ginge es nur um ihn, so wäre die Entscheidung nicht so schwierig, wie sie tatsächlich liegt; es handelt sich jedoch bereits darum, was uns nach der Panzerfrage zugemutet wird. Wir stehen vor den Entscheidungen über die Diktatur, über Erweiterung der Sozialpolitik, über agrarische Forderungen, die uns zu weit geben. Wir stehen vor einem Defizit, das sich nach einigen Monaten auf 300 Millionen Mark angehen würde und inzwischen gewachsen sein dürfte. Und der Kampf darum, wie und wo dieses Defizit eingeparkt werden soll, ist noch nicht entschieden.“

Wenn wir im Ringen um den Panzerkreuzerbau nachgehen, aber nicht wissen, was erwartet uns dann im Kampf um diese anderen Dinge? Der sozialistische Pressebetrieb teilt uns mit, daß unsere Fraktion Kompensationen zugesprochen werden soll, daß Brüning für ein solches Kompromiß zu haben sei. Nach den bisherigen Erfahrungen jedoch denken wir über solche Kompensationen recht skeptisch. Bis heute hat Siegermacht noch nicht einmal den Lohnabbau stoppen können. Mit einer Ablehnung des Panzers und dem damit verbundenen Sturz der Regierung Brüning würde die Sozialdemokratie allerdings ein großes Spiel wagen. Aber uns scheint, daß das, was uns — als eine Folge des Auszuges der Nazis und Deutschnationalen — noch zugemutet wird, für die Sozialdemokratie ein ebenso großes Wagnis darstellt.“

Die vorhin erwähnten Auslassungen des Genossen Gerhard Seeger, die von mehreren Parteiblättern abgedruckt worden, lauten in ihren entscheidenden Teilen:

„Es gibt danach, von den vorstehenden Darlegungen ausgehend, nur einen Grund, weshalb man die erste Runde des Panzerkreuzers B im Etat passieren lassen könnte, und dieser Grund ist rein politisch: es ist die Frage zu entscheiden, ob der Ersatzbau für ein altes Panzerschiff zureichend genug ist, die Regierung Brüning zu zwingen, falls sie für diese Entscheidung die Kabinettfrage stellt. Bei den bekannten Machtverhältnissen im Reichstag wäre das, um des Panzerkreuzers willen eine neue Regierung aus der Regierung Brüning zu bringen, von der doch wohl niemand erwartet, daß sie den Bau des Panzerkreuzers B zurückzieht. Die Herbeiführung einer Rechtsregierung durch die Ablehnung des Panzerkreuzers B hieße also nur seinen Bau um so sicherer herbeiführen. Indes ist das eine Entscheidung, vor die die Sozialdemokratische Partei erst dann gestellt sein wird, wenn die gegenwärtig schwebenden Verhandlungen abgeschlossen sind.“

Der Zweck dieser Betrachtungen ist lediglich darauf hinzuweisen, daß der Reichstag (leider!) nicht darüber abstimmt, ob der Panzerkreuzerbau unter dem Gesichtspunkt der bevorstehenden Abrüstungskonferenz, psychologisch richtig, als das militärisch möglich, ob die Ausgaben dafür tragbar sind — der Reichstag stimmt vielmehr darüber ab, ob der Panzerkreuzer der geeignete Punkt ist, an dem die Regierung Brüning zugunsten einer weiter rechts stehenden Regierung zu beiseite. Wir hoffen, daß der Panzerkreuzer finanziell, außenpolitisch und militärisch unzulänglich ist, der jetzt nicht nur nichts Neues, sondern er sagt vor allem nichts über die politische Entscheidung, die allein jetzt zu treffen ist.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ drückt am Sonntag und den „Dresdener Volkszeitung“ erwähnten Artikel der „Wiener Arbeiterzeitung“ ab und schreibt am Tage vorher, nachdem sie zunächst betont hat, daß zum Beispiel für die Arbeiterpartei sich ein solcher Kampf schwerlich zu einer Entscheidung des Parteipreßorgans gestalten könne, selbst:

„Gewiß kostet der Panzerkreuzer nur 75 Millionen Mark. Das ist das im Rahmen des 10-Milliarden-Etats. Eine Erhöhung des Wehretats wird damit ebenfalls nicht herbeigeführt. Der Panzerkreuzer wird aus dem bisherigen 700 Millionen Wehretat. Aber all das kann nicht das Bestimmende sein, wenn unter normalen Verhältnissen entschieden werden sollte. Denn wird der Panzerkreuzer zum Wendepunkt der Politik, die am 14. September die Legalisierung des Faschismus veranlaßt hat. Die Sozialdemokratie hat die Verantwortung für die Kabinettbildung vom 2. Dezember übernommen, die einen entscheidenden Impuls der gesamten Innenpolitik mit sich brachte. Ihre Auswirkungen sind von größter Bedeutung für die gesamte Arbeiterklasse. Soll nunmehr der Panzer der Rettungsweg für den Faschismus sein?“

In mehreren sozialistischen Parteiblättern schreibt der Chefredakteur der „Dresdener Volkszeitung“, Gen. F. D. Schulz, das Problem in keinem Zeitartikel u. a. folgendes:

„Sozialdemokratie und Kommunisten haben in dem jetzt bestehenden Kabinettsparlament des Reichstages die absolute Majorität. Kann die Sozialdemokratische Partei diese Mehrheit zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen und Entscheidungen machen? Nichts wäre klüger als das. Einmal, und die Wege der SPD. mit ihrem Ziel Sowjet-Deutschland nicht die Wege der Sozialdemokratie. Das Panzerkreuzer würde sich aber auch legitimieren eine sozialdemokratisch-kommunistische Koalition unter solchen Umständen nicht gefallen lassen. Es wäre entweder die Nazis und Hugenbergianer in den Reichstag zurückholen oder den Reichstag, wie es der Wunsch der Panzerkreuzer ist, zur Auflösung bringen. Beides entspricht nicht dem Interesse der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Situation. Eine Politik der Sozialdemokratie, die darauf hinauszielt, müßte also abgelehnt werden.“

Demokratie, die darauf hinauszielt, müßte also abgelehnt werden.“

Prüfen wir die Haltung der Sozialdemokratie an einem konkreten Fall. Die große, noch offene Frage ist: Wie wird der Wehretat im Reichstag verabschiedet werden, welche Haltung wird die Sozialdemokratie einnehmen? Daß die Sozialdemokratie für weitgehende Abträge am Wehretat und gegen jeden Panzerkreuzerbau ist, dürfte hinlänglich bekannt sein. Die Sozialdemokratie hätte die Möglichkeit, zusammen mit den Volkswirtschaften, die in Russland tüchtig Kriegsschiffe bauen und schon die kleinen Kinder mit Nordwesten auszurüsten, den gesamten Wehretat zu Fall zu bringen. Was wäre damit erreicht? Nazis und Deutschnationalen würden sofort den bürgerlichen Mittelparteien zu Hilfe eilen. Der Wehretat würde genehmigt, der Panzerkreuzer gebaut werden. Die Sozialdemokratie wäre aus der politischen Einflussphäre herausgedrängt, die Halbkreisregierung auf Teilnahme an der Regierung wäre erfüllt, die Verärgerung der bürgerlichen Mittelparteien in so hohem Grade gestiegen, daß kein Zweifel mehr darüber bestehen könnte, wie sich die Machtentwicklung im Reich in kürzester Zeit vollziehen würde. Nazis und Hugenbergianer hätten mit einem Schlag durch das ihnen sehr bequeme Mittel einer sozialdemokratischen Ungeschicklichkeit das erreicht, was dem Willen ihrer politischen Sehnsucht entspricht. Wie sich dieses Bild auf dem Rücken der Arbeiterklasse darstellen würde, ist hier schon so oft geschildert worden, daß sich jede weitere Erörterung erübrigt.

Die Sozialdemokratie kann darum die in dem gegenwärtigen Kabinettsparlament bestehenden Mehrheitsverhältnisse nicht zum Ausgangspunkt eines auf Jahre hinaus entscheidenden Handelns machen, sie kann zehn Millionen Wähler, die durch die Wildheit der Herren Goebbels und Hugenberg augenblicklich im Reichstag nicht vertreten sind, nicht einfach weggestampfen.

Das bedeutet keineswegs, daß die Partei mit Haut und Haaren dem Kabinett Brüning ausgeliefert ist. Die Politik der Sozialdemokratie erschöpft sich nicht allein in dem Widerstand gegen den Wehretat, auch nicht in der Ablehnung des Panzerkreuzerbaus. Die Bögen der sozialdemokratischen Politik sind viel höher und weiter gespannt. Sie umfassen, was nicht übersehen werden darf, auch die gesamte Sozialpolitik.“

SPD. des Bezirks Leipzig für die Politik der Reichstagsfraktion

Leipzig, 9. März. (Eigener Bericht.)

Im Leipziger Volkshaus fand am gestrigen Sonntag der Bezirksparteitag des Bezirkes Leipzig der Sozialdemokratie statt. Referent war der Genosse Hilferding vom Parteivorstand. Er führte in seinem mit starkem Beifall aufgenommenen Referat aus, daß es jetzt um das Ganze gehe, daß alles auf die Erhaltung der Demokratie ankomme, und daß alles andere, so notwendig und richtig es an sich sei, dahinter zurücktreten müsse. Besonders bemerkenswert war, daß in der sich an das Referat anschließenden Aussprache sich lediglich 2 Redner gegen die Politik der Mehrheit der Reichstagsfraktion aussprachen, alle anderen Redner aber diese Politik billigten und ausdrücklich betonten, es müßten eventuell sogar noch weitere Opfer gebracht werden, um die Demokratie zu retten. Am meisten Beifall fanden die Ausführungen des Genossen Liebmann, der darlegte:

„Die Reichstagsfraktion hat unter nachträglicher Zustimmung der erdrückenden Mehrheit der Parteigenossen sich für die Isolierungspolitik entschieden. Dabei ist das Vertrauen zur Partei nicht gesunken, wie manche befürchten, sondern gestiegen. Graf sagt, unsere Parteigenossen sind aktiviert worden, weil sie nun endlich die richtige Politik haben wollen. In Wirklichkeit ist die Aktivität unserer Genossen so stark gewachsen, weil sie die fürchtbare Gefahr erkannt haben, die uns bedroht. (Lebhaftes „Sehr richtig!“) Jetzt kommt es darauf an, die Kerntuppen des Sozialismus zusammenzufassen. Und das geht — es kommt nur darauf an, wie wir es machen. Da ist Miesmachen falsch. Wir brauchen ein: fanatisches Bekenntnis zu unserer Partei! (Starker Beifall.)“

Genosse Geller führte aus: Graf hat angeführt, daß wir das Vertrauen unserer Wähler verlieren. Ich war gestern in einer stark besuchten Mitgliederversammlung in Großschönau, wo die Genossen einstimmig erklärt haben, daß der Panzerkreuzerbau das kleinere Übel ist. Wenn gesagt wird, daß die Freizügigen ungunstig ausfallen werden — wer bringt uns aber dafür die Garantie, daß unter nationalsozialistischer Herrschaft überhaupt noch einmal Wahlen stattfinden können? Die Gefahr für die Arbeiterklasse ist zu groß, als daß wir alles auf eine Karte setzen dürften! (Beifall.)

Am Schluß der politischen Aussprache konnte Genosse Lipinski als Vorsitzender der Versammlung feststellen, daß alle darin einig seien: unsere wichtigste Aufgabe ist die, die Demokratie zu schützen.

Kommunisten-Theater vor einem Prozeß

Der für Montag vor dem hiesigen Schöffengericht angelegte Landfriedensbruch-Prozeß gegen 97 Kommunisten, die am 25. Januar nach einer nationalsozialistischen Versammlung in Grebenstein mit Faustkeulen einen blutigen Zusammenstoß hatten, mußte auf Dienstag verlagert werden. Vor dem Termin verhielten die Kommunisten mit Mut vor das Gerichtsgebäude zu gehen. Da sie durch die Polizei daran gehindert wurden, erklärten die Verteidiger der Kommunisten vor Gericht, daß ihre Mandanten unter den obwaltenden Umständen nicht zur Verhandlung erscheinen würden. Die Verteidiger erhoben zugleich Protest gegen die polizeilichen Maßnahmen. Der Staatsanwalt beantragte die Verurteilung der Angeklagten. Der Vertreter der als Nebenkläger zugelassenen Nationalsozialisten stellte in Aussicht, daß seine Mandanten ebenfalls im geschlossenen Zuge amarrschieren würden, falls die Gegenseite nicht darauf verzichte.

Das Gericht verlagerte schließlich die Verhandlung auf Dienstag, ohne dem Antrag des Staatsanwalts nachzugeben, da die Verteidigung der Kommunisten sich verpflichtete, am Dienstag für rechtszeitiges und ordnungsmäßiges Erscheinen der Angeklagten zu sorgen.

Hugenberg erneut blamiert

Schiele weist ihm mit Hindenburgs Hilfe eine neue Verleumdung nach

Hugenberg, der seine Partei weiterhin von einer unantastbaren Höhe zu anderen führt, hat am Sonntag auf einem Parteitag einer deutschnationalen Krönungsgruppe seinem früheren Parteifreund und jetzigen Reichsernährungsminister Schiele vor-gegeben, vor der Anklage des Reichstages gegenüber den Deutschnationalen unverantwortliche Verleumdungen vorzunehmen zu haben. Schiele habe den Deutschnationalen damals vor der Abstimmung über die erste Rotterordnung mitteilen lassen, daß der Reichspräsident zurücktreten werde, wenn die Deutschnationalen den Aufhebungsantrag nicht zu Fall bringen würden. Hierzu gibt Reichsminister Schiele folgende Erklärung an, zu der der Reichspräsident ausdrücklich ermächtigt hat: „Der Herr Reichspräsident hat im Juli 1933 vor der Abstimmung über die Aufhebung der Rotterordnung sich in einer Unterhaltung mit mir (Schiele) dahin geäußert, daß er, falls im Reichstag der Antrag auf Aufhebung der Rotterordnung — and zwar mit den Stimmen der Deutschnationalen — beschlossen würde, nur zwei Möglichkeiten beste: Entweder tritt sein Amt zurück oder er tritt zurück. Der Herr Reichspräsident ermächtigte mich ausdrücklich, dies den Herren in der Deutschnationalen Fraktion mitzuteilen und hinzuzufügen, daß er, angesichts der gegen eine vorzeitige Annahme des Reichstages bestehenden Bedenken, erst nach dem Einverständnis des Reichspräsidenten im Interesse des Bundes eine lebenswichtige Entscheidung fasse.“ Schiele hat damals also durchaus loyal gehandelt. Damit ist das Gerücht, das Hugenberg neuerdings wieder gegen ihn richtete, auf seinen Urheber zurückgeführt. Selbstverständlich ist damit zugleich jene gefährliche Kampfesweise der Deutschnationalen, die keine Gemeinheit verabscheuen.

Das Verfahren gegen Dr. Wolf wird ausgedehnt

Die Kliniken Stuttgarts treiben wohlhabenden Frauen in Massen ab

Stuttgart, 9. März. (Eigener Drahtbericht.) — Die Voruntersuchung in dem Verfahren gegen die Stuttgarter Herte Dr. Wolf und Frau Dr. Zukubowitsch ist inzwischen auf acht Herte ausgedehnt worden. Insgesamt dürfte jedoch gegen hundert Stuttgarter Herte die gleiche Beschuldigung zu erheben sein, die gegen Wolf und Frau Zukubowitsch erhoben wird. In den drei großen Stuttgarter Frauenkliniken sind nach der Medung des hiesigen Kommunistenblattes insbesondere zahlreiche Schwangerenunterbrechungen an Frauen aus wohlhabenden Kreisen vorgenommen worden. In diesem Zusammenhang weist das kommunistische Blatt insbesondere auf die unter Leitung von Professor Baisch stehende jüdische Frauenklinik hin.

Moslems Aktion scheitert, Zerlegung der Konservativen

Der konservative Abgeordnete Allen ist aus der Konservativen Partei ausgestiegen und hat sich der Moslen-Gruppe angeschlossen, während der aus der Labour-Fraktion ausgeschiedene Abgeordnete und Beamtengehilfenführer Brown einstweilen neutral bleibt, bis seine Organisation entschieden hat. Zurzeit reifen die Moslen-Abgeordneten durch ihre Wahlkreise, um ihre Haltung zu rechtfertigen. Hohen jedoch überall auf den heftigsten Widerstand und auf die Erbitterung der Arbeiter. Die legalen Labour-Organisationen verlangen die Niederlegung der Mandate. Moslen und seine Freunde weigern sich jedoch. Daneben sucht die Moslen-Gruppe, Funktionäre der Arbeiterpartei durch hohe Gehälter als Sekretäre zu ihrer Partei hinzuüberzuziehen. Diese Versuche vermindern lediglich das unter der Arbeiterpartei bereits gesunkene Ansehen Moslens. Die Mehrzahl seiner Verammlungsbeisitzer sind Mittelständler und Neugierige. Moslens Aktion ist heute bereits bei der Arbeiterpartei und ihren Anhängern erfolglos abgeprallt. Inzwischen ist der Kampf unter den Konservativen voll entbrannt. Er geht sich offen und unheimlich im Londoner Wahlkreis St. George aus, einer unbeschränkten Hochburg der Konservativen, wo weder Arbeiterpartei noch Liberale einen Kandidaten aufgestellt haben. Es stehen sich jedoch zwei konservative Parteiführer gegenüber. Es ist der Kampf um die konservativen Parteiführung. Ein Sieg der Zeitungsstompe wäre für Baldwin eine Niederlage, die er schwerlich lange überleben könnte.

Das Urteil im Moskauer Prozeß

Niederlage Anklagen — Statt Todesstrafe nur 10 Jahre Haft

In dem Moskauer Moskauer-Prozeß gegen das Unionsbüro der Menschewiken wurden die Angeklagten Groman, Scher, Suchanow, Ginsburg, Zukubowitsch, Bernulst und Zim-Jenatschewitz zu je 10 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Die übrigen sieben Angeklagten erhielten Freiheitsstrafen zwischen 5 und 8 Jahren. Das Urteil wurde nach zöftündiger Beratung des Gerichts gefällt.

Der „Vorwärts“ schreibt zu dem Urteil im Moskauer Moskauer-Prozeß:

„Die hiesigen Verleumdungen, die im Verlauf dieses Prozesses gegen die deutsche Sozialdemokratie und gegen die sozialistische Arbeiterinternationale geschleudert worden sind, berühren uns nicht. Sie entsprechen nur dem bekannten moralischen Niveau kommunistischer Vagabunden. Sie sind nicht das schlimmste an diesem Prozeß, ja selbst der kalblütigen Inzidenten und theatralisch aufgelegte Inzidenten, der durch ihn herbeigeführt worden ist, ist noch immer nicht das schlimmste. Das schlimmste ist, daß ein ganzes Volk so belogen werden kann. Wir erheben gegen die gegenwärtigen Machthaber Russlands die Anklage, daß sie das russische Volk bewußt belügen und betrügen. Die gegenwärtigen Machthaber Russlands nennen sich Revolutionäre und berufen sich auf das Recht der Revolution. Wir jedoch vermögen Lüge, Volksbetrug und Inzident als erlassene Waffen der Revolution nicht anzuerkennen. Wir verstehen unter einer Revolution eine Bewegung, die der Wahrheit, der Freiheit, der Menschlichkeit Bahn bricht. — Wo Lüge und Knechtschaft herrschen und wo die Menschwürde so zu Boden getreten wird, herrscht nach unseren Begriffen nicht Revolution, sondern Reaktion.“

Flandin fleht

und droht mit weiteren Enthaltungen

Der Skandal der Compagnie Aero-Postale hat am Montag im Ministerrat eine leidenschaftliche Erörterung gefunden. Wie der sozialistische „Populaire“ berichtet, soll Ministerpräsident Daladier alles aufgeboten haben, um seinen schwer kompromittierten Finanzminister Flandin zur Demission zu veranlassen. Dieser habe sich jedoch entschieden geweigert und habe gedroht, nach zwei seiner Ministerkollegen bloßzustellen. Wie der Nationalsozialist Hervé in der „Victoire“ erklärt, handelt es sich dabei um den Finanzminister Dumont und den Minister für öffentliche Arbeiten, Deligne, die beide als Industrielle und Geschäftsleute sowie als Aufsichtsräte zahlreicher Gesellschaften bekannt sind. Der sozialistische Abgeordnete Moutet, der ein mit den Diktator-Standal ins Rollen brachte, wird heute in der Kammer einen neuen Vorstoß unternehmen und ein besonders belastendes Dokument für Flandin zur Verleugung bringen.

Aufhebung des Boykotts in Indien

Bombay, 9. März. (Eigener Drahtbericht.) Zum erstenmal seit acht Monaten sind am Montag die großen öffentlichen Verkaufsmärkte für ausländische Kleider wieder geöffnet worden.

Hugenberg erneut blamiert

Schiele weist ihm mit Hindenburgs Hilfe eine neue Verleumdung nach

Hugenberg, der seine Partei weiterhin von einer unantastbaren Höhe zu anderen führt, hat am Sonntag auf einem Parteitag einer deutschnationalen Krönungsgruppe seinem früheren Parteifreund und jetzigen Reichsernährungsminister Schiele vor-gegeben, vor der Anklage des Reichstages gegenüber den Deutschnationalen unverantwortliche Verleumdungen vorzunehmen zu haben. Schiele habe den Deutschnationalen damals vor der Abstimmung über die erste Rotterordnung mitteilen lassen, daß der Reichspräsident zurücktreten werde, wenn die Deutschnationalen den Aufhebungsantrag nicht zu Fall bringen würden. Hierzu gibt Reichsminister Schiele folgende Erklärung an, zu der der Reichspräsident ausdrücklich ermächtigt hat: „Der Herr Reichspräsident hat im Juli 1933 vor der Abstimmung über die Aufhebung der Rotterordnung sich in einer Unterhaltung mit mir (Schiele) dahin geäußert, daß er, falls im Reichstag der Antrag auf Aufhebung der Rotterordnung — and zwar mit den Stimmen der Deutschnationalen — beschlossen würde, nur zwei Möglichkeiten beste: Entweder tritt sein Amt zurück oder er tritt zurück. Der Herr Reichspräsident ermächtigte mich ausdrücklich, dies den Herren in der Deutschnationalen Fraktion mitzuteilen und hinzuzufügen, daß er, angesichts der gegen eine vorzeitige Annahme des Reichstages bestehenden Bedenken, erst nach dem Einverständnis des Reichspräsidenten im Interesse des Bundes eine lebenswichtige Entscheidung fasse.“ Schiele hat damals also durchaus loyal gehandelt. Damit ist das Gerücht, das Hugenberg neuerdings wieder gegen ihn richtete, auf seinen Urheber zurückgeführt. Selbstverständlich ist damit zugleich jene gefährliche Kampfesweise der Deutschnationalen, die keine Gemeinheit verabscheuen.

Aus Schlesien

Das Rücktrittsgesuch Dr. Schwendys Noch keine endgültige Entscheidung

Wie das W.F. erfährt, eilt die von der „Schlesischen Zeitung“ verbreitete Nachricht, daß der Leiter der Landstelle Breslau, Abgeordneter Dr. Schwendt, von seinem Amte zurückgetreten sei, den Tatsachen voraus. Es trifft zwar zu, daß zunächst Dr. Schwendt der Berliner Diktatur sein Rücktrittsgesuch eingereicht und gleichzeitig gebeten hat, wieder in preussische Regimentsdienste aufgenommen zu werden, jedoch ist eine endgültige Entscheidung über das Rücktrittsgesuch bisher noch nicht getroffen worden.

Die Nachricht der „Schlesischen Zeitung“ beruht auf einer Indiskretion in Berlin. Bei den sehr anerkannter Wertungen, die die hiesige Landstelle unter Leitung ihres Leiters bisher aufzuweisen hat, sei zu hoffen, daß die Diktatur in Berlin einen Weg finde, um die entstandenen Schwierigkeiten alsbald zu beheben, und es Herrn Dr. Schwendt zu ermöglichen, sein Rücktrittsgesuch wieder zurückzugeben.

Die Oberchiffahrt

Berichtsbericht vom 1. bis 8. März

Bei Beginn der Berichtswache letzte neues Frostwetter ein, das aber infolge Einwirkung der Sonnenstrahlen am Tage nicht zu Behinderungen des in der Vorwoche aufgenommenen Schiffsverkehrs führte. Der Verkehr wies sich bei vollstündiger Wetterklarheit überall glatt ab. Am 4. d. Mts. wurde auch der Weg nach Stettin auf der Ostoder wieder frei. Hoffentlich hat die am Wochenanfang eingetretene Frostperiode keine neuen Betriebsstörungen im Gefolge. Die Schleuse Kantern passierten: zu Berg 27 beladene, 120 leere Schiffe, zu Tal 111 beladene und 1 leeres Kahn. Die Talumschlagsziffern sind folgende:

in Kottbus	28 905,5 t einsch. 2343,5 t verschiedene Güter
in Oppeln	1866,5 t
in Breslau	9 999 t 8074 t
in Maltsch	8 498 t 2590 t

und 2553 t Steine.

Die Geschäftslage in Stettin war weiter ruhig. Es wurde von Stettin nach der Parnitz 3 und nach der Oder 1 Schlepplag mit leeren Rähnen abgefertigt. Auch das Berggeschäft ab Hamburg war unbedeutend.

Nazi-Brücker verurteilt

Wegen Beleidigung des preussischen Ministerpräsidenten
Vor dem Erweiterten Schöffengericht fand gestern nachmittags die Verhandlung gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Helmuth Brücker-Breslau wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Hindenburg (S. 5 Abt. 1) in zwei Fällen und wegen Beleidigung des preussischen Ministerpräsidenten Brauns statt. Die Beleidigung hat Brücker in einer Versammlung in Döberitz ausgesprochen. Die Vergehen gegen das Reichspräsidentengesetz soll Brücker in Versammlungen in Glogau und Hoyerwerda begangen haben. Im Falle Glogau wurde der Besch. vertagt, da der Angeklagte neue Beweisanträge stellte. Im Falle Hoyerwerda wurde der Angeklagte wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Dagegen wurde Brücker wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten Brauns anstelle einer verurteilten Geldstrafe von zwei Monats zu 400 Reich Geldstrafe verurteilt. Dem Ministerpräsidenten wurde die Schwere der Verurteilung des Urteils in zwei Zeitungen, und zwar in einer nationalsozialistischen und in einer anderen Breslauer Zeitung, geschnitten.

Die Glogauer Zusammenstöße

Kleine Anfrage an den Preussischen Innenminister
Landtagsabgeordneter Rektor Simon-Kessig e. O. mit einer kleinen Anfrage an den Preussischen Minister des Innern einbringen, des Inhalts, ob der Minister das nachstehende Schreiben der Glogauer Kommunalpolizei bei den künftigen Zusammenstößen von Sozialdemokraten und Kommunisten mit Nationalsozialisten in Glogau und Glogau (bei Glogau) den Nationalsozialisten gegenüber billige und es für richtig halte, daß der amtliche Polizeibericht in abgefaßt worden ist, als ob die Nationalsozialisten überhaupt ungeschuldig wären an diesen bedauerlichen Zusammenstößen. Weiter soll der Minister gefragt werden, ob er beim die Preussische Staatsregierung es billige, daß der Polizeihauptmannmeister Hicker angeklagt auf Geheiß des von den Nationalsozialisten dazu aufgefundenen Polizeimeisters Jäger den gesundheitlichen Schaden der Nationalsozialisten her nach Glogau an die Polizeiwache gebracht habe, weiter, ob es die Staatsregierung gut finde, wenn Nationalsozialisten nichts gegen 12 Uhr fingen durch die Stadt gehen und vor dem Stadttheater noch eine Kundgebung veranstalten, die die begleitende Polizei aber gegen diese nützliche Kundgebung in keiner Weise vorsteht. Die kleine Anfrage schließt damit, ob es der Preussische Minister des Innern billige, daß ein Stadtdirektor, der dazu nach Vorliegen der polizeilichen Angaben der Stadtdirektorenversammlung in von Kommunalpolizeibeamten nachträglich ohne jeden Grund und ohne Verhör gegen den Artikel 114 der Reichsverfassung gefaßt und verurteilt wird. Ein Stadtdirektor Hofmeier, der mit beträchtlichem Strafantrag gegen die Personen, die ihn beleidigt haben, gestellt.

Katharinenberg. Verkehrsunfall. Die Firma Sch. Kutsch in Waldberg i. Sa. hat beschlossen, die Katharinenberger Verkehr wegen Abwärmens Ende März auf unbestimmte Zeit stillzulegen. Das Werk beschäftigt circa vierzig Personen.

Die-Gebirgsbahn. Schwere Unfall durch ein loderndes Pferd. Ein schwerer Unfall wurde im Ortsteil Sandberg in der Nähe der Strömbergbahn durch ein loderndes Pferd verursacht. Der Bauarbeiter Hermann Julius aus Sandberg wollte das lodernde Pferd nach rechts herumleiten, um zu verhindern, daß sein Gefährt die große Böschung herabstürze. Bei diesem Manövererfolg brach jedoch die Sandbergbahn. A. fuhr vom Wagen herunter und wurde von seinem eigenen Wagen überfahren. Der Unfall ist nun so tragisch, als A. Schwere Verletzungen erlitten hat und nach Behandlung zu einem Spezialisten nach Breslau transportiert werden muß. A. der immer in der Bekleidung der Bauarbeiter war, ist ins Krankenhaus transportiert eingekerkert worden.

Waldenburg. Unfall im Bergbau. In den Tiefen der Bergbau bei der Grube Süd-Bieland aus Waldenburg zwischen zwei Förderwagen. Er erlitt schwere Verletzungen.

Waldenburg. Ein Wagenabsturz in Brand. In eine furchtbare Lage kamen die Fahrer der Grube, als ein der Straße von Waldenburg nach Waldenburg ein Förderwagen durch Kräfte in Brand geriet. Die aus vier Personen bestehende Besatzung wurde durch die Hitze verblüht. Ein Mann wurde durch die Kräfte getötet, ein anderer schwer verletzt. Die beiden verbliebenen Fahrer wurden im Krankenhaus transportiert eingekerkert.

Waldenburg. Ein Wagenabsturz in Brand. In eine furchtbare Lage kamen die Fahrer der Grube, als ein der Straße von Waldenburg nach Waldenburg ein Förderwagen durch Kräfte in Brand geriet. Die aus vier Personen bestehende Besatzung wurde durch die Hitze verblüht. Ein Mann wurde durch die Kräfte getötet, ein anderer schwer verletzt. Die beiden verbliebenen Fahrer wurden im Krankenhaus transportiert eingekerkert.

Folge auf einem Baum eine Art Podium errichtet, von dem aus sie ihre Spiele und Klettereien durchführten. Dabei ist der 12jährige Schüler Anders in seinem Übermut in beinahe unglaublicher Weise von Baum zu Baum gesprungen, was ihm einige Male glückte. Dann fiel er aber so unglücklich zur Erde, daß er einen Genickbruch erlitt, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Für die bedauernswerten Eltern ist der Fall um so tragischer, als sie im vorigen Jahr den Tod ihres zweiten Jungen zu beklagen hatten, der von einem Automobil überfahren worden war.

Sollentzen. Ein überlicher Scherz. Einen ganz üblen Scherz hat sich ein Unbekannter erlaubt. Er richtete an mehrere Redaktionen Breslauer und Provinzialer Zeitungen einen Brief, wonach zwischen Würgsdorf und Sollentzen ein Wort verübt worden sein soll. Auf Grund dieses namentlich unterzeichneten Briefes wurde die gesamte Polizei und auch die Provinzial-Landestrimmalkommission in Bewegung gesetzt. Es konnte nichts ermittelt werden, leider aber auch nicht der Absender der Briefe.

Sollentzen. Einschränkung von Luftfahrten. Die Polizei hat eine Verordnung erlassen, wonach wegen der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage Luftfahrten nur noch jeden Sonntag in einem Lokal der Stadt abgehalten werden dürfen.

Sollentzen. Mordplan auf den Gatten. Eine „liebenswürdige“ Gattin bestirbt der Landwirt F. in Würgsdorf. Sie trat mit zwei Personen in Verbindung und versprach ihnen eine Belohnung, wenn diese ihren Gatten beseitigen. Der Erste lehnte ab und der Zweite, der bereits einen Betrag von 30 M. erhalten hatte, wurde weiter Summen in Aussicht gestellt. Er wurde aufgefordert, die Belohnung zu nehmen.

Sprotau. Von der Waise mangeltot gequält. Am Sonnabend gegen 7 Uhr geriet der 9 Jahre alte Sohn des Arbeiters Krause aus Sprotau durch Unvorsichtigkeit mit seinem Kopf in eine elektrische Kasse, die ihm den Kopf zerquetschte, so daß der Kasse vor den Augen der Mutter, die nicht rechtzeitig das Unglück verhindern konnte, auf der Stelle getötet wurde.

**... nein! - nur feinen
ixbeliebigen Malzkaffee!
Kathreiner
muß es sein...
Der Gehalt macht's!**

Sachsen. Schönlitz niedergebrazt. Gestern morgen brante in Schönlitz-Hangsdorf der Schönlitz „Jar Hoffnung“ vollständig nieder. Es gelang, das Vieh und den größten Teil des Mobiliars zu retten. Die Schwerkerten wurden durch den Frost sehr erkälten. Es dürfte jahrelange Brandstiftung vorliegen.

Stettin. Von einem Laubstich überfahren und getötet. Der gleichnamige Kuppel aus Postsdorf kam mit seinem Kabe kurz vor einem Wohnhaus zu Fall. Der schwere Wagen ging über ihn hinweg und tötete K auf der Stelle.

Stroppach. Durch ein durcheinander Gekommen getötet. Als der Fahrer des Domitius Reichomig damit beschäftigt war, an die einzelnen Domitiusarbeiter die entsprechenden abzugeben, und an einer Stelle hielt, schienen die Pferde und gingen durch. Der auf dem Wagen sitzende Schüler Hermann Carl fürzte dabei vom Wagen. Er kam unter die Räder des Wagens und erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Waldenburg. Sein Baumfällen erschlagen. Der 58jährige Holzschläger Galla wurde beim Baumfällen an der Glogauerstraße Waldenburg durch einen hütenden Ast getroffen und getötet.

Aus der Umgebung

Reichsbanner markiert
Eine Ortsgruppe in Salschwitz gegründet
Das Reichsbanner veranstaltete am vergangenen Sonntag eine mehrtägige republikanische Kundgebung, die eine wirkungsvolle und überaus glückliche Antwort auf die Heere der Nazis in der hiesigen Gegend darstellt. Die Abteilung Nord-Ost sammelte sich um 11,30 Uhr in Salschwitz und zog mit klingendem Spiel unter Leitung des Abteilungsleiters Komrad Dr. Korn aus Salschwitz nach Salschwitz, wo sie sich mit den Abteilungen aus Jelsch, Kattwig und Salschwitz vereinigte. Mit mehreren Fahnen und der Reichsbanner-Fahne marschierte der Zug durch das Dorf zum Markt und dann wieder zurück. Im Revolver in Reich und Glogau, denen sich noch zahlreiche Jäger anschlossen, legten Jungs bis zum Ende, daß es nur dem Kopf-Lerner bei uns zu Ende ist. In Salschwitz hielt Komrad Korn unter jedem Himmel eine Rede, in der er für 1933 erklärte, in der er zum Kampf für den Kampf der arbeitenden Klasse gegen die Reaktion und gegen die Klassenjustiz aufrief. Demnach fand im Saal von Salschwitz, der in wenigen Minuten überfüllt war, eine Reichsbanner-Versammlung statt. Komrad Kalliegeleitete in ausgeprägter Heiterkeit und begeisterten Worte über die republikanischen Aufgaben der Nazis und über die Ziele des Reichsbanners. Im Anschluß an die Gründung der Reichsbanner-Ortsgruppe Salschwitz fand, der Mann auf den ersten Appell hin 30 Reichsbanner-Politiker hatten, Gleichgewicht veranfaßter die Nazis in Salschwitz eine Demonstration, die von der Reichsbanner-Menge begleitet war und zu der für 30 Mann politisch-gerichtliche Gehalt von etwa 100 Reichsmark bestimmt hatten, damit es möglichst leicht sei, als ob die Nazis noch eine Reichsbanner-Fahne. Der Saal von Salschwitz war in Salschwitz-Vorabend besetzt, die Gäste waren politisch-gerichtet. Gezeigt wurde nicht in den Saal, damit der Kampf für das heilige Reich wirklich mit dem mit günstigen Worten geführt werden konnte. Stille Politiken bewachte die ganze Mecklenburg, die der republikanischen Demonstration höchsten Bezeichnung ermöglicht haben wird.

Oppeln. Arbeiter-Kab- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität“. Gestern bei 12 Uhr, 28 Uhr, 30 Uhr, 32 Uhr, 34 Uhr, 36 Uhr, 38 Uhr, 40 Uhr, 42 Uhr, 44 Uhr, 46 Uhr, 48 Uhr, 50 Uhr, 52 Uhr, 54 Uhr, 56 Uhr, 58 Uhr, 60 Uhr, 62 Uhr, 64 Uhr, 66 Uhr, 68 Uhr, 70 Uhr, 72 Uhr, 74 Uhr, 76 Uhr, 78 Uhr, 80 Uhr, 82 Uhr, 84 Uhr, 86 Uhr, 88 Uhr, 90 Uhr, 92 Uhr, 94 Uhr, 96 Uhr, 98 Uhr, 100 Uhr.

mort des Genossen Alexander von dem 1. Vorsitzenden geschloffen, führte sich der Reichsbanner berufen, noch einmal sein Sammeljahr zum verapfen. Die Arbeiterschaft verließ jedoch geschlossen die Versammlung und überließ den Nazis seinem Schicksal. An dieser Stelle nochmals Dank dem Reichsbanner Breslau-Reutich für den geleisteten Saalshut.

Roberwiz. Aus der Partei. In der am Sonnabend stattgefundenen Mitgliederversammlung der hiesigen Ortsgruppe der SPD. behandelte Genosse Pohlitz, Breslau, das Thema „Vollständigung der Arbeiterschaft“. Eine rege Diskussion schloß sich diesem lehrreichen Vortrag an. Unter Berücksichtigung wurde auf die am Sonntag, dem 15. März, hier stattfindende Teil-Kommunalkonferenz hingewiesen. Genosse Hermann Weide wurde als Literaturobmann und 2. Mann-Funktionär gewählt. Des weiteren wurde Kenntnis genommen von der am Sonntag, dem 22. März, in Wirwiz und Krotwitz stattfindenden Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Der Erfolg der Agitation zeigte sich in mehreren Neuaufnahmen und neuen Verlern unserer Parteipresse. Ein übereifriger Kämpfer für den 3. Reich schenkt der in Wirwiz wohnende Bezirkskörnungsteilnehmer Pohlitz zu sein; denn beim Aufgang unserer Verlesungseinladungen machte er seinem Herzen Luft, beschimpfte unsere Genossen und bezeichnete unsere Mitglieder als Kommunisten als Banditenversammlung. Mit Protest wurde dieses Verhalten eines in der Kommune tätigen Beamten beantwortet. Mit der Ermahnung, der Partei den zweiten Mann zuzuführen und mit dem Lied „Brüder zur Sonne“ wurde die Versammlung geschlossen.

Schönborn. Die Schweineschlachtigäfte von Jätschowitz mit einem nicht gerade schönen Willkommensgruß von der Schönborn-Ortsgruppe empfangen. Die am Sonntag hier stattgefundenen Naziwerberversammlung nahm ein höchlichst unruhigen Verlauf. Außer den Gutsinpektoren, Großgrundbesitzern und dem Reichskönig Reichmann blieben die Nazis bei starkem Polizeischutz zurück. Arbeiterschaft von Schönborn und Umgebung bleibt weiterhin so auf der Hut, dann wird der Keim, welchen die Nazis hier sähen wollen, nicht fruchten, auch wenn sie mit Drohungen gegen eine Führer am Ort vorgehen, es liegt an euch, daß ihr kommt, wenn ihr gerufen werdet.

Breitenau. Öffentliche Versammlung. Am Sonntag fand hier nachmittags um 4 Uhr eine öffentliche Volksversammlung der SPD. statt, in welcher Genosse H. Pöhlitz, Breslau über das Thema „107 Nazioten als Kapitalist“ sprach. Die Versammlung war stark besucht und der Redner fand großen Beifall. Anwesende Stahlhelmjünglinge verhielten sich ruhig. Die Besizerin des Lokals Frau Kunze und ihre Gäste machten über das Referat allerdings dumme nationalistische Bemerkungen, wahrscheinlich legt man keinen Wert auf republikanische Gäste. Desgleichen referierte Genosse Löbe an demselben Abend in Schlaupke, die Versammlung war ebenfalls gut besucht. Aber Herr von Delfen und seine Getreuen stießen sich nicht bilden. Den Saalzug zu beiden Versammlungen leitete die Schupo des Neumarcker Reichsbanners.

Stephansdorf. Gute Erfolge für die Partei. Eine öffentliche Versammlung der SPD. fand hier am 6. März statt. Als Saalzug war die Schupo des Neumarcker Reichsbanners erschienen. Das Referat für den verhinderten Genossen Hammett hielt Genosse Steffen-Breslau, der es ganz vorzüglich verstand, die Nazioten als erbärmliche Lügner und wortbrüchige Leute zu entlarven. Kräftigen Beifall sollte man dem Genossen Steffen für sein Referat. — Unter dem Motto „Wo bleibt der zweite Mann?“ gelang es den Funktionären der Ortsgruppe Stephansdorf und Umgebung, vierzehn Mann für die SPD. der genannten Ortsgruppe zu werben.

Neumarkt. Von einem Wagen überfahren und getötet. In der Nähe von Jopendorf stürzte der 45jährige Sohn des Monteurs Simon aus Jopendorf mit seinem Fahrrad und wurde von einem Wagen, der nicht mehr rechtzeitig angehalten werden konnte, überfahren. Er wurde so schwer verletzt, daß er nach wenigen Stunden starb.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-174
Telephon 79604, 79661
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-15 u. 16-19 Uhr
Barne. Dienstag, den 10. März, 20 Uhr, bei Wiesner, öffentliche Versammlung. Redner: Landwirt Schmiegell und Dr. Korn-Steine.
Katharinenberg. Dienstag, den 10. März, 20 Uhr, findet hier eine öffentliche Filmveranstaltung bei Rahn statt. Gezeigt werden interessante Filme und erwarten wir guten Besuch.
Arbeitsgemeinschaft Breslau-Land-Nord-Ost. Mittwoch, den 11. März, 20 Uhr, bei Schnalle in Jätschowitz, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Dr. Korn. Auch die umliegenden Ortsgruppen können teilnehmen.

Breslauer Produktenbörse vom 9. März

Amliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 9. März 1933

In der Börse im Großhandel gezeigte Preise für volle Roggenmüllungen im Reichswert, bei vorstehender Feinabgabe nach im Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis. Weizen, Roggen, Hafer und Gerste ... für 1000 kg = 1 Tonne		
Weiße Weizenmehl (mit Klee) ...	100 kg	100 kg
Weiße Weizenmehl (mit Klee) ...	50 kg	50 kg
Weiße Weizenmehl (mit Klee) ...	50 kg	50 kg ab Erzeugerpreisen.

Tägliche Amliche Notierungen.

Getreide:	9	7.
Weizen (Hektoliter) Schellbergmehl von 74,0 kg Darrgewicht. Qual. gezeigt und nach dem Schellbergmehl von 76,0 kg get. gezeigt und trocken	288.00	288.00
Schellbergmehl von 72,0 kg trocken im Schellbergmehl vor dem 10. März	290.00	290.00
Weizen (Hektoliter) Schellbergmehl von 70,5 kg Darrgewicht. Qual. gezeigt und nach dem Schellbergmehl von 72,5 kg get. gezeigt und trocken	285.00	285.00
Weizen (Hektoliter) Schellbergmehl von 68,5 kg trocken im Schellbergmehl vor dem 10. März. Qual. gezeigt und nach dem Schellbergmehl von 70,5 kg get. gezeigt und trocken	169.00	176.00
Schellbergmehl von 68,5 kg trocken im Schellbergmehl vor dem 10. März. Qual. gezeigt und nach dem Schellbergmehl von 70,5 kg get. gezeigt und trocken	175.00	171.00
Weizen (Hektoliter) Schellbergmehl von 70,5 kg Darrgewicht. Qual. gezeigt und nach dem Schellbergmehl von 72,5 kg get. gezeigt und trocken	169.00	157.00
Schellbergmehl von 70,5 kg Darrgewicht. Qual. gezeigt und nach dem Schellbergmehl von 72,5 kg get. gezeigt und trocken	245.00	245.00
Schellbergmehl von 70,5 kg Darrgewicht. Qual. gezeigt und nach dem Schellbergmehl von 72,5 kg get. gezeigt und trocken	211.00	211.00
Schellbergmehl von 70,5 kg Darrgewicht. Qual. gezeigt und nach dem Schellbergmehl von 72,5 kg get. gezeigt und trocken	208.00	208.00
Schellbergmehl von 70,5 kg Darrgewicht. Qual. gezeigt und nach dem Schellbergmehl von 72,5 kg get. gezeigt und trocken	208.00	208.00
Landes: ...		

Amliche Notierungen für Weizenmüllungen:

	9	7.	ausgezeichnet ...
Weizenmehl (V.P.)	41.90	41.00	
Weizenmehl (V.P.)	38.90	27.50	
Landes: ...			

Defizit:

	9	5.	...
Weizenmehl ...		30.00	
Weizenmehl ...		24.00	
Weizenmehl ...		56.00	
Landes: ...			

Notierungen (Erzeugerpreise)

Erzeugerpreise für Weizenmüllungen (V.P.) für die L. 1.1. mit 1.1.1. ...

Gebt Eure Anzeigen der Volkswirtschaft

Nachwinter über Europa

Im dem größten Teil von Europa herrscht zurzeit starkes Winterwetter. Aus England, Frankreich, der Schweiz, Italien, Schweden und Dänemark werden heftige Schneefälle mit außerordentlich kalter Mitternacht gemeldet. Von London hatte vom Sonntag zum Montag seit 1917 die stärkste Schneefälle mit außerordentlich kalter Mitternacht gemeldet. Seit diesen Jahren erleben die Londoner zu dieser Zeit wieder einen Schneefall, der vom frühen Morgen bis in die Mittagsstunden andauert. Auch aus anderen Teilen Englands werden schwere Schneefälle gemeldet. Die in den westlichen Provinzen Frankreichs niedrigen Schneefälle sind bereits wieder im Abtauen begriffen. Sie haben zu einem starken Anwachsen der Seine und der Rheinflüsse, insbesondere der Marne, geführt. Paris rechnet mit einer Ueberflutung der tiefergelegenen Stadtteile. Außerordentlich starke Schneefälle werden auch aus dem Gebiet der Alpen und der ganzen Nordschweiz gemeldet. In der Stadt Bern liegt der Schnee seit Montag etwa 10 Zentimeter hoch. Ähnliche Nachrichten kommen aus dem böhmischen Hochgebirge. So wird auch aus München gemeldet, dass dort seit 50 Zentimetern gemeldet. Hier waren Schneefälle und 26 mit vierdehn bespannte Schneeflüge am Sonntag ununterbrochen mit der Entfernung des Schnees verbunden. In den bayerischen Bergen besteht außerordentlich gefährliche Lawinengefahr, so daß offiziell vor Skitouren gewarnt wird. In der Nordbahnstation Ingolstadt kam bei dem Übergang der Staatsstraße Nürnberg-Ingolstadt zur Entgleisung. Lokomotive des Zuges sowie der Tender und Waggons sind aus den Schienen und fielen die Böschung hinab. Die sechs Personenwagen auf den Gleisen stehenblieben. In Tirol sind außerordentlich starke Schneefälle zu verzeichnen. In den italienischen Dolomiten sind sämtliche Berge durch Schneemassen bis zu drei Metern bedeckt. Im Riesengebiet sollen durch eine riesige Lawine etwa 1000 Menschen umgekommen sein. In den Ostalpen durch Schneeverwehungen werden auch in den Ostalpen und Ostgalizien berichtet. Aus Schweden sind gefährliche Eiseverhältnisse gemeldet. Hier liegen ebenso wie in der dänischen Küste zahlreiche Schiffe im Eis fest.

Frauenmord in Wien

Im Flur eines Hauses im Wiener 3. Bezirk fand ein Frauenmord. Gestern früh ein Paket, das zwei Frauenbeine enthielt, wurde bei dem schauerlichen Fund um die Beine einer Frau. Als das Opfer des Frauenmordes ist die Frau Mizzi Thaler ermittelt worden, die von dem künftigen Kanalarbeiter Josef Wrbil erschlagen worden ist. Wrbil hat im polizeilichen Verhör behauptet, er habe die Tat verübt, weil die Aufwarbeiterin, die bei dem Portier des Hauses Hochgasse 11 in Unterwiesenthal, ihm ihre Gunst versagt habe, nachdem er in einem Gasthause gewesen sei. Der Kampf der Erben ist am Arbeitsort des Wrbil verstreut aufgefunden.

Die Erdbebenkatastrophe auf dem Balkan

Die der Feiter Lloyd aus Belgrad erfährt, hat die Erdbebenkatastrophe, die in der Nacht zum Sonntag Mazedonien heimging, nach den bisherigen Feststellungen mehr als 160 Todesopfer und rund 1000 Häuser zerstört. Der Hauptort des Landes befindet sich etwa 500 Kilometer südlich und südwestlich von Belgrad. In dem ganzen Gebiet des Mazedoniens und besonders in der Gegend nächst der griechischen Grenze wurden die Häuser schwer heimgesucht. Die Zahl der Schwerverwundeten soll über 500 betragen. Auch zahlreiche Verletzungen sind zu verzeichnen. Die telegraphischen und telephonischen Verbindungen mit den heimgesuchten Gebieten sind unterbrochen, so daß keine Daten vorläufig nicht zur Verfügung stehen. Außer den Eisenbahnbrüchen bei Skopje (Weslup), die über den Mazedonien sind zahlreiche Eisenbahnlinien so stark beschädigt, daß der Verkehr unterbrochen ist. Das Rote Kreuz in Skopje hat eine Hilfsaktion eingeleitet, und auch in Belgrad wurden ähnliche Sammlungen für die Erdbebenopfer in die Wege geleitet.

Neue Erdbeben-Registrierungen

Die Seismographen des Naturwissenschaftlichen Vereins im Kaiserlichen Institut der Technischen Hochschule in Karlsruhe haben heute früh erneut ein heftiges Erdbeben. Die Wellenstärke erreichte um 5.01 Uhr und die Welle der zweiten Art um 5.12 Uhr die Station. Der Beginn der langen Welle um 5.34 Uhr. Gegen 6.30 Uhr kam der Apparat wieder zum Stillstand. Die Enttarnung beträgt etwa 900 Kilometer. Nach einer von der Erdbebenwarte Hohenheim ein-geführten Meldung ist das Beben auch dort registriert worden. Ähnlich liegt der Herd im nördlichen Japan. — Auch in der Gegend der Zentralanstalt für Meteorologie gestern um 1.45 Uhr ein schweres Erdbeben, dessen Herd ungefähr 100 Kilometer entfernt liegt.

Das Dauerbeben von Kamlos

Die aus Innsbruck gemeldet wird, hat das Erdbeben von Kamlos auch in den letzten drei Wochen nicht nachgelassen. In der Gegend von Kamlos sind täglich vier bis fünf Beben verzeichnet, deren Stärke von empfindlicher Stärke, die auch im Ledertal zu verzeichnen.

Blut im Rausch

Wenigstens unter den Einwirkungen zu reichlichen Alkoholkonsums in dem Sopha „Im Klauk“ in Rudolfsstadt in der Kottbusstraße kamender 23 Jahre alter Vertreter pharmazeutischer Firmen namens Frau Elzäbeth einen 50jährigen Schwärmer und die Wirtin des Lokals. Nach der Verhaftung der Wirtin die Wirtin gegen sich selbst und brachte sich selbst die tödliche Dosis vergiftet. Das Verbrechen wurde bei der Besichtigung des Leichnams festgestellt. Die Frau hatte sich selbst mit einem einzigen jungen Mädchen und fünf Kindern in der Wohnung aufgeschlossen. Die Frau hatte sich selbst mit einem einzigen jungen Mädchen und fünf Kindern in der Wohnung aufgeschlossen. Die Frau hatte sich selbst mit einem einzigen jungen Mädchen und fünf Kindern in der Wohnung aufgeschlossen.

Charlie in Berlin

Die Berliner bereiten Chaplin einen ungemein herzlichen Empfang.

Vier Uhr Nachmittags am Weltstadtbahnhof Friedrichstraße. Fanden hier Freilichtaufnahmen statt? Vor dem Seitenausgang des riesigen Glasbaus ist ein ganzes Heer von Kurbelleuten und Filmoperatoren aufgeföhrt; auf sechs Wagen halten sie, in Paradeformation und mit kriegsbereiten Jupiterlampen, um Charlie Chaplin zu begrüßen, das brausende Volksgemurmel zu tonisieren, damit die Berliner schon am gleichen Abend in den Wochenmärkten sehen können, wie sie den großen Charlie empfangen haben. Polizei ist auch da; eine ganze Hundertschaft, sie hat Mühe, die Tausende, die sich vor dem Eingang drängen, einigermaßen in Schach zu halten. Immer neue Chapslin-Enthusiasten stoßen zu dem großen Heer. Auch das dicke Schneegestöber kann die Reihen nicht ins Wanken bringen.

Im Bahnhof selbst stehen an jeder Sperre Menschenmauern. Der Bahnsteig A, auf dem der Luxuszug aus Holland mit Charlie und seinen Managern ankommt, ist nur für die Film-Prominenz und die Presse freigegeben. Man steht Fritz Kampers leise frostelnd auf und abspazieren. Der elegante Hans Albers ist auch da und grüßt lächelnd nach allen Seiten. Auf dem Bahnsteig B stehen Hunderte und hoffen, eine Kleinigkeit von Charlies Antunft abzubekommen. Aber sie werden bitter enttäuscht. Gerade, als der Hollandzug einläuft, legt sich ein mißglückiger Stadtbahnzug vor ihre Fernsicht. Aus einem Wagen erster Klasse steigt Charlie, ein Weichenführer



in der Hand und lacht beseligt nach allen Seiten. Das bescheidene, fast ein wenig schüchternes Gesicht des genialen Humoristen sieht etwas reifenmüde aus. Aber aus den hellen klugen Augen leuchtet seine tiefmenschliche Heiterkeit.

Ein lebensgefährliches Toben erfüllt den Bahnsteig. Die Reihe der Polizisten ist im Au durchbrochen, die Menge hat Charlie ergriffen und will ihn mit sich fortziehen. Es sieht für Augenblicke wirklich bedrohlich aus. In dem wilden Durcheinander der vielen Hunderte, die sich auf dem schmalen Bahnsteig drängen, scheint eine ganze Anzahl Menschen unter die Räder des D-Zuges zu geraten. Die Polizei muß mit Gewalt Bahn brechen und den umjubelten Charlie in einer Art „Ehrenschuh“ die Treppe hinunterbringen. Blumen fliegen von allen Seiten auf Charlie zu. In das Treppengeländer klammert sich ein Mann, der immer wieder effektiv „Charlie, mein liebster Charlie“ brüllt. Kennt er Chaplin, nicht im geringsten, aber er verehrt ihn.

Auf den Treppen und auf der Straße kommt es zu heftigen Kollisionen, wie sie im nächsten September in Berlin ganz ungewöhnlich sind. Kein Boyer wurde hier jemals so empfangen — und das will etwas heißen. Als der Künstler unten steht und der Menge zuwinkt, die immer wieder „Hoch Chaplin!“ ruft und mit den Händen winkt, fangen die Jupiterlampen an zu spielen. Der Platz ist in strahlende Helle getaucht. Im gegenüberliegenden Central-Hotel hängen die Menschen wie Trauben Kopf an Kopf aus den Fenstern. Schließlich gelingt es Charlie, sich zum Auto durchzukämpfen. Jeder Augenblick ist Chaplin in Gefahr, mit eingedrungenen Scheiben den Weg ins Hotel zurücklegen zu müssen. Als der Wagen schließlich freie Bahn bekommt, laufen hunderte und über hunderte hinter ihm her. Später fährt in einer der Seitenstraßen die allzu enthusiastische Menge einen hellgrauen Privatwagen, in dem Kampers und Albers sitzen. Sie befindet sich in dem Irrtum, Chaplin vor sich zu haben. Kampers macht diese unerwartete Ehrung so viel Spaß, daß er anhaltend Bravo ruft.

Dann steht bis tief in die Abendstunden hinein vor dem Adlon. Unter den Linden, wo Charlie abgestiegen ist, eine tausendköpfige Menge, die immer wieder ihren geliebten Humoristen sehen will. Dreimal ist er schon am Fenster erschienen, aber den Massen genügt das nicht. Sprechchöre bilden sich, die immer wieder „Charlie, komm doch heraus!“ rufen. Auch der immer etwas dröselige Berliner Mutterwitz kommt zu seinem Recht, in dem zwar rauhen, aber herzlich gemeinten Spruch, mit dem die Menge Charlie ans Fenster zu laden versucht: „Chaplin, komm bitte bald, sonst machen wir Dir kalt.“ Am Abend nach herittene Polizei die Linden vor dem Hotel Adlon räumen, da der Verkehr völlig ins Stocken geraten ist. Aber immer wieder klingt es über die Straße: „Charlie, komm heraus.“ Der Filmsternling Charlie hat einen wahrhaft triumphalen Einzug gehalten.

Ein deutscher Rundfunkvortrag Sven Hedins

Sven Hedins wird seinen kurzen Aufenthalt in Europa dazu benutzen, von Stockholm aus einen deutschen Vortrag über seine neue Arktis-Expedition, wohl die größte, die je in Arktis unternommen worden ist, zu halten. Der Vortrag, den wie der Verlag Schwann mitteilt, alle deutschen und österreichischen Sender mit kaum einer Ausnahme übertragen werden, findet am 19. März in der Zeit von 19 bis 19.30 Uhr statt.

Jüllieder-Kellner

Vor wenigen Tagen fand ein Straßenunfall in unmittelbarer Nähe der Berliner Schlossbrücke ein Köhler mit einem Schiffsjungen eine Art Zelebranz einhüllen, und dem Jünger und zwei jungen Dresdener Mädchen je 1000 Dollar als Erbe in Aussicht stellte. Die ganze Geschichte hat sich

jetzt als ein „Scherz“ des Wiener Jüllieder-Fabrikanten Ernst Widler herausgestellt, der in jenen Tagen in Berlin war und inzwischen zugegeben hat, der Fabrikant der dummen und frechen Täuschung gewesen zu sein. Widler hat sich ähnliche und andere Scherze schon wiederholt geleistet, so daß er bereits des öfteren mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt geriet und mit Geld- und Gefängnisstrafen belegt wurde.

Der Kaiserschwager als Kellner

„Hier werden Sie vom Schwager des Kaisers bedient.“ So steht es in großen Lettern am Eingang einer Kneipe in Luxemburg zu lesen, in der Alexander Joubloff als Kellner beschäftigt ist. Dieser Standaal scheint dem ehemaligen Kaiser in seinem Altersheim in Doorn keine Ruhe gelassen zu haben. Er entsandte eine Hofdame, um mit dem unumglichen Schwager einen Vertrag abzuschließen. Joubloff sollte irgendwo ein kleines Landhaus und eine jährliche Rente erhalten, wenn er sich verpflichtete, vom Schauplatz zu verschwinden. Der Kellner Joubloff aber zeigte sich mißtrauisch. Er fürchtet allzu sehr, daß Wilhelm ihn, wenn er ihn erst einmal in der Hand habe, bald in einer Irrenanstalt internieren lasse. Joubloff will daher in Freiheit bleiben, wenn auch nur als Kellner.

Verbrennungen durch künstlichen Nebel

Vor einer großen Menschenmenge wurden gestern bei einem Schaustellung in Tokio Versuche mit künstlichem Nebel vorgeführt. Aus einigen Flugzeugen tropfte dabei die säurehaltige Flüssigkeit, durch deren Zerfällung der Nebel hergestellt wurde, auf die Zuschauer und Hunderte von Männern und Kindern erlitten schmerzhaft Verbrennungen.

Feuerwehr rettet drei Menschen aus Todesgefahr

Ein gefährlicher Dachstuhlbrand entstand gestern früh kurz nach 5 Uhr in der Schützenstraße in Sieglitz. Als die Feuerwehr mit zwei Rohrleitungen zum Angriff vorgehen wollte, ertönte plötzlich aus den Giebel Fenstern der im vierten Stock befindlichen Kantarbenwohnungen gellende Hilferufe. Drei Personen, eine 66jährige Greisin und zwei junge Mädchen, 17 und 19 Jahre alt, waren im Schlafe von dem Brand überrascht worden und konnten sich durch Flammen und Qualm hindurch nicht mehr den Weg ins Freie bahnen. Die Feuerwehr ließ sofort einen Rettungstrupp vorgehen, der mit Axten die Türen der beiden Wohnungen einschlug und die Gefährdeten mit Hilfe von Rauchschutzmäskern in Sicherheit brachte.

Zahlungseinstellung einer Bau- und Siedlungs-Gesellschaft

Die Fritz Klein Bau- und Siedlungs-Gesellschaft Berlin hat ihre Zahlungen eingestellt. Angaben über die Höhe der Verbindlichkeiten lassen sich zurzeit nicht machen, da noch an der Aufstellung des Status gearbeitet wird. Es soll ein Betrag von 500 000 bis 600 000 Mark verschuldet sein. Der Umsatz der Gesellschaft im letzten Jahre lag zwischen 12 und 13 Millionen Mark.

Nächtlicher Dampferzusammenstoß auf der Donau

Bei einem in der Nacht erfolgten Zusammenstoß zweier südwestlicher Donaudampfer haben nach einer Meldung des „Reiter Lloyd“ neun bis zehn Personen das Leben eingebüßt. Unter den Toten befinden sich drei Sträflinge, deren Begleitmannschaft ebenfalls ertrunken sein soll. Das Unglück ereignete sich in nächster Nähe der Donaubrücke. Es handelt sich um die Dampfer Jagreb und Franzer d'Esperen. Der Salon des letztgenannten Dampfers, der gerammt wurde, füllte sich sofort mit Wasser und alle in dem Salon befindlichen Passagiere sind ertrunken. Der Dampfer Jagreb nahm den gerammten Dampfer dann ins Schlepptau und brachte ihn zu einer Donauinsel, wo die Ueberlebenden an Land gingen.

Tragischer Selbstmord von zwei Schwestern die dritte vermißt

Gestern mittag sprang in Budapest die Privatbeamtin Irene Rosenbergs vom Ufer der Margareteninsel in die Donau. Sie konnte zwar gerettet werden, starb aber während des Transportes ins Krankenhaus. Kurz danach wurde in der Nähe der Elisabeth-Brücke die Leiche einer Frau aus dem Wasser gefischt, bei der es sich wie die Polizei feststellte, um die Schwester der Irene Rosenbergs, die Verkäuferin Elisabeth Rosenbergs handelte. Aus einem Schreiben ging hervor, daß sie wegen materieller Sorgen den Selbstmord begangen habe. Abends ersehnten die Angehörigen der beiden auf der Polizei und meldeten, daß die dritte Schwester gleichfalls vermißt wurde. Man nimmt an, daß auch sie mit ihren beiden Schwestern Selbstmord begangen habe.

Ruppelunternehmen eines Interatenagenten

Auf die Anzeige eines jungen Mädchens hin, das sich über grobe Mißhandlungen beklagte, durchsuchte die Polizei in Los Angeles die Büros eines früheren Interatenagenten und verhaftete diesen sowie seine weibliche Angestellte, mit der er zusammen ein eigenartiges Ruppelunternehmen betrieb. Wie aus einem von der Polizei beschlagnahmten Heft hervorgeht, hatte diese Angestellte junge Mädchen im Alter von 16 bis 20 Jahren an und brachte sie mit Mitgliedern der Jameses dorée von Hollywood zusammen. Das Heft enthält die Namen von etwa 100 jungen Mädchen und von jungen Männern aus Hollywood und eine Schilderung der Taktik, die die Angestellte anwandte, um ihre Opfer zu überlisteln.

Gefängnisbrand in N.S.

Beim Brand eines Gefängnisses in Goldsborough (North-Carolina) sind 12 Gefangene, wozu Regier, ums Leben gekommen. 40 weitere Gefangene konnten rechtzeitig aus ihren Zellen befreit werden.

Mädchen der Mutter

Die 15jährige Lucille Levi in Chicago erlosch den 14jährigen Untermeister ihrer Familie. Lucille war gerade dazu gekommen, als der gewalttätige Mensch ihre Mutter im Schlafzimmer eines Streites erzwürgen wollte. Das Mädchen hatte sich selbst der Polizei

Nachwinter über Europa

Im dem größten Teil von Europa herrscht zurzeit starkes Schneewetter. Aus England, Frankreich, der Schweiz, Polen, Schweden und Dänemark werden heftige Schneefälle mit außerordentlich kalter Witterung gemeldet. London hatte vom Sonntag zum Montag seit 1917 die kälteste Nacht. Seit vielen Jahren erleben die Londoner zu dieser Zeit wieder einen Schneefall, der vom frühen Morgen bis in die Mittagstunden andauert. Auch aus Teilen Englands werden schwere Schneefälle gemeldet. Die in den westlichen Provinzen Frankreichs niedrigen Schneefälle sind bereits wieder im Abtauen begriffen. Sie haben zu einem starken Anwachen der Seine und Nebenflüsse, insbesondere der Marne, geführt. Paris rechnet mit einer Ueberflutung der tiefergelegenen Stadtteile.

Außerordentlich starke Schneefälle werden auch aus dem Gebiet der Alpen und der ganzen Nordschweiz gemeldet. In der Stadt Bern liegt der Schnee seit Montag etwa 10 Zentimeter hoch. Mehrfache Nachrichten kommen aus dem schweizerischen Hochgebirge. So wird auch aus München Schneefälle von fast 50 Zentimetern gemeldet. Hier waren am 26. und 27. Februar heftige Schneefälle am ununterbrochen mit der Entfernung des Schnees verbunden. In den bayerischen Bergen besteht außerordentlich große Lawengefahr, so daß offiziell vor Skitouren gewarnt wird. Anweit des Nordbahnhofes Ingolstadt kam bei dem Schneeeisübergang der Staatsstraße Nürnberg-Ingolstadt eine Zug Niederburg-Ingolstadt zur Entgleisung. Die Lokomotive des Zuges sowie der Tender und Waggons wurden aus den Schienen und fielen die Böschung hinab. In Tirol sind außerordentlich starke Schneefälle zu verzeichnen.

In den italienischen Dolomiten sind sämtliche Berge durch Schneemassen bis zu drei Metern bedeckt. Im Gailtal-Gebiet sollen durch eine riesige Lawine etwa 100 Menschen umgekommen sein. In der Schweiz sind durch Schneeverwehungen werden auch in den Ostalpen berichtet. Aus Schweden sind gefährliche Eisverhältnisse gemeldet. Hier liegen ebenso an der dänischen Küste zahlreiche Schiffe im Eis fest.

Frauenmord in Wien

Im Fünf eines Hauses im Wiener 3. Bezirk fand ein Mord an einer Frau statt. Gestern früh um 10 Uhr wurde die Leiche einer Frau in der Nähe des Hauptbahnhofs gefunden. Die Frau, als das Opfer des Frauenmordes ist die Frau Mizzi Thalner ermittelt worden, die von dem 30-jährigen Arbeiter Josef Wrbil erschlagen worden ist. Wrbil hat im polizeilichen Verhör zugegeben, er habe die Tat verübt, weil die Aufwartefrau, die ihm bei dem Portier des Hauses Radosgasse 11 in Unterwiesenthal, ihm ihre Gunst versagt habe, nachdem er in einem Gasthause gewesen sei. Der Kampf der Leiche ist am Arbeitsort des Wrbil verdeckt aufgefunden worden.

Die Erdbebenkatastrophe auf dem Balkan

Die der Pesther Lloyd aus Belgrad fährt, hat die Erdbebenkatastrophe, die in der Nacht zum Sonntag Mazedonien heimgesucht, nach den bisherigen Feststellungen mehr als 1600 Todesopfer und rund 1000 Häuser zerstört. Der Hauptherd des Erdbebens befindet sich etwa 500 Kilometer südlich und südwestlich von Belgrad. In dem ganzen Gebiet des Nordbalkan und besonders in der Gegend nächst der griechischen Grenze wurden die Häuser schwer heimgesucht. Die Zahl der Schwerverletzten soll über 500 betragen. Auch zahlreiche Verletzungen sind durch eingestürzte Mauern und zerfallene Gebäude zu verzeichnen. Die telegraphischen und telephonischen Verbindungen mit den heimgesuchten Gebieten sind unterbrochen. So sind auch die Nachrichten vorläufig nicht zur Verfügung stehen. Außerhalb der Eisenbahnbrücke bei Skopje (Ueskup), die über den Kardarum-Berg, sind zahlreiche Eisenbahnlinien so stark beschädigt, daß der Verkehr unterbrochen ist. Das Rote Kreuz in Skopje hat eine Hilfsaktion eingeleitet, und auch in Belgrad wurden Sammlungen für die Erdbebenopfer in die Wege geleitet.

Neue Erdbeben-Registrierungen

Die Seismographen des Naturwissenschaftlichen Vereins im Kaiserlichen Institut der Technischen Hochschule in Karlsruhe haben heute früh erneut ein heftiges Erdbeben. Die Wellenstärke erreichte um 5.01 Uhr und die Welle der zweiten Phase um 5.12 Uhr die Station. Der Beginn der langen Welle um 5.34 Uhr. Gegen 6.30 Uhr kam der Apparat wieder zur Ruhe. Die Entfernung beträgt etwa 9600 Kilometer. Nach einer von der Erdbebenwarte Hohenheim eingeführten Meldung ist das Beben auch dort registriert worden. Deutlich liegt der Herd im nördlichen Japan. Auch in der verzeichnete die Zentralanstalt für Meteorologie gestern um 10 Uhr ein schweres Erdbeben, dessen Herd ungefähr 1000 Kilometer entfernt liegt.

Das Dauerbeben von Kamlos

Wie aus Innsbruck gemeldet wird, hat das Erdbeben von Kamlos auch in den letzten drei Wochen nicht nachgelassen. Jeden Tag vier bis fünf Beben verzeichnet, deren Stärke von empfindlicher Stärke, die auch im Schlaf bemerkbar wurden.

Blut im Rausch

zwei Tote

Wenigstens unter den Einwirkungen zu reichlichen Alkoholkonsums, in dem Gasthaus „Zur Klause“ in Rudolfsstadt am Sonntagmorgen um 25 Jahre alter Bettreter pharmanischer Firma namens Hans Eljaßer einen 50-jährigen Arbeiter und die Wirtin des Lokals. Nach der Ermordung der Wirtin der Kasse gegen sich selbst und brachte sich selbst den tödlichen Selbstmord. Der Leichnam wurde in der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes beigesetzt. Der junge Mann, der die Kasse führte, wurde mit seiner Frau in der Kasse getötet. Die Kasse wurde mit einem jungen Mädchen und fünf Mann in der Kasse verhaftet. Die Kasse wurde mit einem jungen Mädchen und fünf Mann in der Kasse verhaftet. Die Kasse wurde mit einem jungen Mädchen und fünf Mann in der Kasse verhaftet.

Charlie in Berlin

Die Berliner

Bereiten Chaplin einen ungemein herzlichen Empfang.

Vier Uhr Nachmittags am Westbahnhof Friedrichstraße. Finden hier Freilichtaufnahmen statt? Vor dem Seitenausgang des riesigen Glasbaus ist ein ganzes Heer von Kurhelikenten und Filmoperatoren aufgeföhren; auf sechs Wagen hatten sie, in Paradeformation und mit triegsbereiten Jupiterlampen, um Charlie Chaplin zu begrüßen, das brausende Volksgemurmel zu tonföhlen, damit die Berliner schon am gleichen Abend in den Wochenschauen sehen können, wie sie den großen Charlie empfangen haben. Polizei ist auch da; eine ganze Hundertschaft, sie hat Mühe, die Tausende, die sich vor dem Eingang drängen, einigermaßen in Schach zu halten. Immer neue Chaplin-Enthusiasten stoßen zu dem großen Heer. Auch das dicke Schneegestöber kann die Reihen nicht ins Wanken bringen.

Im Bahnhof selbst stehen an jeder Sperre Menschenmauern. Der Bahnsteig A, auf dem der Lugsufzug aus Holland mit Charlie und seinen Managern ankommt, ist nur für die Film-Pröminenz und die Presse freigegeben. Man steht Fritz Kampers leise fröstelnd auf und abspazieren. Der elegante Hans Albers ist auch da und grüßt lächelnd nach allen Seiten. Auf dem Bahnsteig B stehen Hunderte und hoffen, eine Kleinigkeit von Charlies Ankunft abzubekommen. Aber sie werden bitter enttäuscht. Gerade, als der Hollandzug einläuft, legt sich ein mißgünstiger Stadtbahnzug vor ihre Fernsicht. Aus einem Wagen erster Klasse steigt Charlie, ein Weißbrotkränzchen



in der Hand und lacht beseligt nach allen Seiten. Das bescheidene, fast ein wenig schüchternes Gesicht des genialen Humoristen sieht etwas reuemüde aus. Aber aus den hellen klugen Augen leuchtet seine tiefmenschliche Heiterkeit.

Ein lebensgefährliches Toben erfüllt den Bahnsteig. Die Kette der Polizisten ist im Nu durchbrochen die Menge hat Charlie ergriffen und will ihn mit sich fortziehen. Es sieht für Augenblicke wirklich beängstigend aus. In dem wilden Durcheinander der vielen Hunderte, die sich auf dem schmalen Bahnsteig drängen, scheint eine ganze Anzahl Menschen unter die Räder des D-Zuges zu geraten. Die Polizei muß mit Gewalt Bahn brechen und den umjubelten Charlie in einer Art „Ehrenhühnchen“ die Treppe hinunterbringen. Blumen fliegen von allen Seiten auf Charlie zu. In das Treppengelände klammert sich ein Mann, der immer wieder effatisch „Charlie, mein liebster Charlie“ brüllt. Kennt er Charlie, nicht im geringsten, aber er verehrt ihn.

Auf den Treppen und auf der Straße kommt es zu Entsetzungsaustrüben, wie sie im nüchternen skeptischen Berlin ganz ungewöhnlich sind. Kein Boyer wurde hier jemals so empfangen — und das will etwas heißen. Als der Künstler unten steht und der Menge zuwinkt, die immer wieder „hoch Chaplin“ ruft und mit den Händen winkt, fangen die Jupiterlampen an zu spielen. Der Platz ist in strahlende Helle getaucht. Im gegenüberliegenden Central-Hotel hängen die Menschen wie Trauben Kopf an Kopf aus den Fenstern. Schließlich gelangt es Charlie, sich zum Auto durchzukämpfen. Nur im Zeitmoment kommt der Wagen vorwärts. Jeden Augenblick ist Charlie in Gefahr, mit eingebrochenen Scheiben den Weg ins Hotel zurücklegen zu müssen. Als der Wagen schließlich freie Bahn bekommt, laufen Hunderte und Aberhunderte hinter ihm her. Später führt in einer der Seitenstrassen die allzu enthusiastische Menge einen hellgrauen Privatwagen, in dem Kampers und Albers sitzen. Sie befindet sich in dem Irrium. Chaplin vor sich zu haben. Kampers macht diese unerwartete Ehrung so viel Spaß, daß er anhaltend Bravo ruft.

Dann steht bis tief in die Abendstunden hinein vor dem Hotel, unter den Linden, wo Charlie abgestiegen ist, eine tausendköpfige Menge, die immer wieder ihren geliebten Humoristen sehen will. Dreimal ist er schon am Fenster erschienen, aber den Massen genügt das nicht. Sprechchöre bilden sich, die immer wieder „Charlie, komm doch heraus!“ rufen. Auch der immer etwas dröselige Berliner Mutterwitz kommt zu seinem Recht, in dem zwar rauhen, aber herzlich gemeinten Spruch, mit dem die Menge Charlie ans Fenster zu locken versucht: „Chaplin, komm bitte bald, sonst machen wir Dir kalt!“ Am Abend muß herrittene Polizei die Linden vor dem Hotel räumen, da der Verkehr völlig ins Stocken geraten ist. Aber immer wieder klingt es über die Straße: „Charlie, komm heraus.“ Der Filmstarling Charlie hat einen wahrhaft triumphalen Einzug gehalten.

Ein deutscher Rundfunkvortrag Sven Hedins

Sven Hedins wird keinen kurzen Aufenthalt in Europa dazu benutzen, von Stockholm aus einen deutschen Vortrag über seine neue Arktis-Expedition, wohl die größte, die je in Arktis unternommen worden ist zu halten. Der Vortrag, den wir der Verlag Brockhaus mittelt, alle deutschen und österreichischen Sender mit kaum einer Ausnahme übertragen werden, findet am 19. März in der Zeit von 19 bis 19.30 Uhr statt.

Jüllieder-Kelime

Vor wenigen Tagen fand ein Straßenreiniger in unmittelbarer Nähe der Berliner Schlossbrücke ein Kästchen mit einem Schließel, das eine Art Testament enthielt und dem Finder und dem jungen Präsidenten Mädchen je 1000 Dollar als Erbe in Aussicht stellte. Die ganze Geschichte hat sich

jetzt als ein „Scherz“ des Wiener Jüllieder-Fabrikanten Ernst Widler herausgestellt, der in jenen Tagen in Berlin war und inzwischen zugegeben hat, der Fabrikant der dummen und frechen Täuschung gewesen zu sein. Widler hat sich ähnliche und andere Scherze schon wiederholt geleistet, so daß er bereits des öfteren mit dem Strafgeset in Konflikt geriet und mit Geld- und Gefängnisstrafen belegt wurde.

Der Kaiserschwager als Kellner

„Hier werden Sie vom Schwager des Kaisers bedient.“ So steht es in großen Lettern am Eingang einer Kneipe in Luxemburg zu lesen, in der Alexander Joubkoff als Kellner beschäftigt ist. Dieser Standa! scheint dem ehemaligen Kaiser in seinem Altersheim in Doorn keine Ruhe gelassen zu haben. Er entsandte eine Hofdame, um mit dem unmöglichen Schwager einen Vertrag abzuschließen. Joubkoff sollte irgendwo ein kleines Landhaus und eine jährliche Rente erhalten, wenn er sich verpflichtete, vom Schauplatz zu verschwinden. Der Kellner Joubkoff aber zeigte sich mißtrauisch. Er fürchtete allzu sehr, daß Wilhelm ihn, wenn er ihn erst einmal in der Hand habe, bald in einer Irrenanstalt internieren lasse. Joubkoff will daher in Freiheit bleiben, wenn auch nur als Kellner.

Verbrennungen durch künstlichen Nebel

Vor einer großen Menschenmenge wurden gestern bei einem Schaustellung in Tokio Versuche mit künstlichem Nebel vorgeführt. Aus einigen Flugzeugen tropfte dabei die säurehaltige Flüssigkeit, durch deren Zerfällung der Nebel hergestellt wurde, auf die Zuschauer und Hunderte von Männern und Kindern erlitten schmerzhaft Verbrennungen.

Feuerwehr rettet drei Menschen aus Todesgefahr

Ein gefährlicher Dachstuhlbrand entstand gestern früh kurz nach 5 Uhr in der Schützenstraße in Steglitz. Als die Feuerwehr mit zwei Rohrleitungen zum Angriff vorgehen wollte, ertönten plötzlich aus den Diebstahlwohnungen der im vierten Stock befindlichen Manardenwohnungen gellende Hilferufe. Drei Personen, eine 66jährige Greisin und zwei junge Mädchen, 17 und 19 Jahre alt, waren im Schlafe von dem Brand überrascht worden und konnten sich durch Flammen und Qualm hindurch nicht mehr den Weg ins Freie bahnen. Die Feuerwehr ließ sofort einen Rettungstrupp vorgehen, der mit Leitern die Türen der beiden Wohnungen einschlug und die Gefährdeten mit Hilfe von Rauchschutzmäskeln in Sicherheit brachte.

Zahlungseinstellung einer Bau- und Siedlungs-Gesellschaft

Die Fritz Klein Bau- und Siedlungs-Gesellschaft, Berlin, hat ihre Zahlungen eingestellt. Angaben über die Höhe der Verbindlichkeiten lassen sich zurzeit nicht machen, da noch an der Aufstellung des Status gearbeitet wird. Es soll ein Vergleich angeboten werden unter der Voraussetzung, daß die Lieferanten auf etwa 500.000 bis 600.000 Mark Verzicht leisten. Der Umsatz der Gesellschaft im letzten Jahre lag zwischen 12 und 13 Millionen Mark.

Nächtlicher Dampferzusammenstoß auf der Donau

Bei einem in der Nacht erfolgten Zusammenstoß zweier südlicher Donaudampfer haben nach einer Meldung des „Pester Lloyd“ neun bis zehn Personen das Leben eingebüßt. Unter den Toten befinden sich drei Sträflinge, deren Begleitmannschaft ebenfalls ertrunken sein soll. Das Unglück ereignete sich in nächster Nähe der Donaubrücke. Es handelt sich um die Dampfer Jagreb und Francon d'Eperey. Der Salon des letztgenannten Dampfers, der gerammt wurde, füllte sich sofort mit Wasser und alle in dem Salon befindlichen Fahrgäste sind ertrunken. Der Dampfer Jagreb nahm den gerammten Dampfer dann ins Schlepp und brachte ihn zu einer Donauinsel, wo die Überlebenden an Land gingen.

Tragischer Selbstmord von zwei Schwestern die dritte vermißt

Gestern mittag sprang in Subaweg die Privatbeamtin Irene Rosenbergs vom Ufer der Margareteninsel in die Donau. Sie konnte zwar gerettet werden, starb aber während des Transportes ins Krankenhaus. Kurz danach wurde in der Nähe der Elisabeth-Brücke die Leiche einer Frau aus dem Wasser gefischt, bei der es sich wie die Polizei feststellte, um die Schwester der Irene Rosenbergs, die Verkäuferin Elisabeth Rosenbergs, handelte. Aus einem Schreiben ging hervor, daß sie wegen materieller Sorgen den Selbstmord begangen habe. Abends erschienen die Angehörigen der beiden auf der Polizei und meldeten, daß die dritte Schwester gleichfalls vermißt worden sei. Man nimmt an, daß auch sie mit ihren beiden Schwestern Selbstmord begangen habe.

Kuppelunternehmen eines Informatenagenten

Auf die Anzeige eines jungen Mädchens hin, das sich über grobe Mißhandlungen beklagte durchsuchte die Polizei in Los Angeles die Büros eines früheren Informatenagenten und verhaftete diesen sowie seine weibliche Angestellte, mit der er zusammen ein eigenartiges Kuppelunternehmen betrieb. Wie aus einem von der Polizei beschlagnahmten Brief hervorging, lachte diese Angestellte junge Mädchen im Alter von 16 bis 20 Jahren an und brachte sie mit Mitgliedern der Jemmesse doree von Hollywood zusammen. Das Heft enthielt die Namen von etwa 100 jungen Mädchen und von jungen Männern aus Hollywood und eine Schilderung der Taktik, die die Angestellte anwandte, um ihre Opfer zu überlocken.

Gefängnisbrand in N.S.W.

Beim Brand eines Gefängnisses in Goldsborough (Nord-Carolina) sind 12 Gefangene, meist Keger, ums Leben gekommen. 40 weitere Gefangene konnten rechtzeitig aus ihren Zellen befreit werden.

Mäherin der Mutter

Die 19-jährige Lucille Levi in Chicago erschloß den 19-jährigen Untermieter ihrer Familie. Lucille war gerade dazu gekommen, als der gewalttätige Mensch ihre Mutter im Bett eines Streites erwürgen wollte. Das Mädchen stellte sich selbst der Polizei.

Heute Aussperrung der Metallarbeiter in Bayern „Kampf bis aufs Messer“, sagen die Unternehmer

Der Vorstand der bayerischen Metallindustriellen hat den Schiedspruch des Landesrichters, der gegenüber den Arbeitgeberforderungen von 15 bis 22 Prozent Lohnabbau nur einen solchen von sechs Prozent für alle Betriebe der bayerischen Großmetallindustrie vorzuziehen, abgelehnt und ab 10. März die Aussperrung verfügt. Damit sind im Augenblick größter Arbeitsnot rund 40 000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße geworfen.

Der Verband bayerischer Metallindustrieller geht aufs Ganze. Seine Forderungen lauten neben dem unerhörten Lohnabbau darauf hinaus, die ihm lästige Mitarbeit der Betriebsräte auszuhebeln, die Kontrolle über die Arbeitsbedingungen zu befestigen und dem Attord vom Diktat des Unternehmers abhängig zu machen. Schon am 19. Februar, als die freien Verhandlungen über ein neues Kollektivabkommen scheiterten, bekam man eine Kostprobe von den Bedingungen der Unternehmer. Sie verlangten die 5-tägige Arbeitswoche, Verkürzung der Zuschläge für Sonntagsarbeit, Fortfall der Zulage für Doppel-, Wechsel- und Nachtschicht, Beizichtigung der Familien- und Kinderzulage, Beizichtigung der Sonderzulage für gesundheitsgefährliche Arbeiten und weitgehende Verschlechterungen des Urlaubs. Zu alledem wurde dann noch ein allgemeiner Lohnabbau von 15 bis 22 Prozent gefordert. Alles was die Arbeiterchaft in jahrelangen heißen Kämpfen mühsam erzwungen, soll nach dem Wunsch der Metallgewaltigen abgebaut und beseitigt werden.

Bei den Verhandlungen vor der Schlichterkammer in Nürnberg äußerte sich die Brutalität der reaktionären Metallindustriellen in ihrer ganzen Gehässigkeit. Die Vertreter der Gewerkschaften gewannen den Eindruck, daß die derzeitigen Führer der Metallindustriellen lauter eingeheimerte Hakenkreuzler sind, die nur ein Ziel verfolgen: brutale Arbeitgeberdiktatur und völlige Rechtslosigkeit der Arbeiter. Durch diesen Anzeig wurden die Verhandlungen vor der Schlichterkammer vielfach auf das niedrigste Niveau nationalsozialistischer Kampfbereitschaften herabgedrückt. Eine Hauptrolle spielt dabei der Direktor und Betriebsleiter der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, der den Arbeitnehmern gegenüber unter anderem erklärte: „Wir werden euch schon noch härter lernen und jetzt gibt es einen Kampf bis aufs Messer“. Die Herren dürften sich aber täuschen, denn sie haben in ihrer Rechnung einen Faktor außer Acht gelassen, den Abwehrwillen der organisierten Arbeiterchaft.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist gerührt, das Vorgehen der Unternehmer abzupflagen.

Der Lohnkürzungsversuch der Reichsbahn

wird vom Einheitsverband abgelehnt

Der Gesamtverband des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands nahm am Montag zu der von der Reichsbahn geforderten Kürzung der Arbeiterlöhne von durchschnittlich 15 Prozent pro Stunde Stellung. Der Verband lehnte diese Zumutung der Reichsbahngewalt ab. Wie anerkannt diese Zumutung ist, zeigt die Tatsache, daß die Ermattung einer Lohnkürzung von 10 Prozent im Durchschnitt verlangt, das bedeutet für die über 24 Jahre alten Arbeiter der Lehrgang VII sogar eine Kürzung von 12,5 Prozent.

Der Vorstand des Einheitsverbandes begründet seine entschiedene Stellungnahme gegen jede Kürzung der durch geleistete und Strapazierungen bereits stark verminderten Löhne unter anderem auch mit einem Hinweis auf das Fiasco des bisherigen Lohnabbaus; das verlässige Ergebnis der Lohnkürzung habe klar erwiesen, daß die Wirtschaftskraft und die Arbeitsfähigkeit durch den Lohnabbau nicht vermindert, sondern eher vergrößert wurde.

In einer weiteren Session der Eisenbahnerkammer hat der Vorstand kein geeignetes Mittel zur Erleichterung der finanziellen Lage der Reichsbahn. Er verwirft daher erneut, daß nach überzogenen Aufstellungen des Reichsbahnverwalters, des Reichstags und des Eisenbahnerverbands noch mehr überflüssige und unproduktive Ausgaben im Reichsbahnbetriebe eingespart werden kann. So lange die Reichsbahn an ihre oberen Fronten Gehälter zahlt, so weit über die Höhe der Beschäftigung hinausgehen, und die Leistungszulagen nicht kürzen, fehle die Voraussetzung für eine weitere Verschärfung der Beschränkung des Personals.

Der Vorstand des Einheitsverbandes richtet an alle, die es angeht, den Appell, in ihrer ersten Stunde der Morgen nicht zu überpassen.

Ein Kommissionsbericht der Delegierten des Einheitsverbandes der Eisenbahner im Bezirk Halle hat die Abwehr der Lohnkürzungen der Reichsbahnverwaltung angefordert. Auf der Tagung wurde die Ausarbeitung der Beschäftigungspläne der Reichsbahn im folgenden Beispiel behandelt: Im Sommer 1930 wickelt ein Reparaturarbeiter in der Division I, Wirtschaftsgüter I bei einer Gehaltszahl von 100 Mark, einem Gehaltsüberschuss von 20 Prozent und einem Gehaltsabzug von 25 Prozent für die 18 bis 24 Arbeitsstunden einen Fortschritt von 20 Prozent auf 120 Mark. Nach der Einführung der Kürzung verbleibt bei der Lohnkürzung im Monat März auf 90 Mark, und von diesem Betrage soll die Reichsbahn-Gewalt noch einen Abzug von 25 Prozent vornehmen.

Im kommenden Sonntag findet in Leipzig eine Kampfsitzung der Eisenbahner für die Bezirke Halle und Halle statt.

Neue Masseneröffnungen im Ruhrgebiet

In Ruhrbezirken mehren sich die Entlassungsentscheidungen. Die Gewerkschaft Konstanza der Gruppe legt ihr Schicksal 10 Tage lang still, so daß der Rest der Belegschaft der Gruppe 700 Mann — die anderen wurden schon vorher gekündigt — entlassen wird. Die letzte Schicht der Gruppe 1-6 entläßt 20 Mann und die letzte Schicht der Gruppe

Magdeburger Bergwerksvereins 175 Mann. Die Zeche Ewald Fortsetzung und König Ludwig sowie der Hoch-Rhein-Steinerner Bergwerksverein entlassen je 300 Mann. Auf der Zeche Embker-Lippe werden 400 Mann und auf der Zeche Kaiserstuhl 1 100 Mann entlassen.

J.S. Farben verkürzen die Arbeitszeit

40-Stunden-Woche in Greppin

Die Direktion der J.S. Farben-Fabrik in Greppin hat in einem Teil der Betriebe bereits ab Montag eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche ohne Lohnausgleich durchgeführt. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, zahlreiche Arbeitslose dem Produktionsprozeß wieder zuzuführen.

Konsumgenossenschaftlicher Fortschritt trotz der Krise

Die Konsumgenossenschaft Berlin hat in den ersten zwei Dritteln des laufenden Geschäftsjahres (Juli 1930 bis Februar 1931) trotz aller durch die Wirtschaftskrise bedingten Hemmnisse und Ungeduld der Preisermäßigung in fast allen Warengruppen ihren Umsatz gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres nicht nur mengenmäßig, sondern auch wertmäßig zu heigern vermocht. Der Umsatz in den acht Monaten betrug im Geschäftsjahr 1930/31 22,95 Millionen Mark, im Geschäftsjahre 1930/31 hingegen 23,03 Millionen, so daß eine Umsatzsteigerung von 73 900 Mark, gleich 0,14 Prozent, festgestellt werden kann. Mengenmäßig ist auch im Februar 1931 ein höherer Umsatz erzielt worden als im Februar 1930.

Wer nicht hören will

Durch Schaden wird man klug — diese bittere Erfahrung haben die Metallarbeiter gemacht. Die sich von den kommunistischen Forderungen trennen ließen und aus dem Deutschen Metallarbeiterverband ausschieden. Schnell entschlossen, sind sie vom kommunistischen Einheitsverband zum Deutschen Metallarbeiterverband zurückgekehrt. Jeder Wiederanschluß heißt nichts im Wege, von der Wiedereinstellung in die alten Rechte jedoch kann zunächst keine Rede sein. Die Juristengöttern haben ihre Rechte freiwillig aufgegeben und müssen sie sich wie jedes neuemittende Mitglied erst wieder erwerben.

Der Vorstand betont, die Mitglieder seien zeitig und einkindlich genug gewesen, wenn die kommunistischen Spaltler auf den Seiten zu gehen. Die Warnung sei leider nicht überall be-

Geschichtenerzähler und Enthüller Dr. Schacht über Marxismus, Youngplan und gegen Kapitalismus

Seit einiger Zeit strahlt die jugenberühmte Prof. Zeile aus einem Buch, das ihr der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht zur Verfügung gestellt hat. Schacht hat auch den Jungen nicht unmerklich geäußert. Schnell entschlossen, sind sie vom kommunistischen Einheitsverband zum Deutschen Metallarbeiterverband zurückgekehrt. Jeder Wiederanschluß heißt nichts im Wege, von der Wiedereinstellung in die alten Rechte jedoch kann zunächst keine Rede sein. Die Juristengöttern haben ihre Rechte freiwillig aufgegeben und müssen sie sich wie jedes neuemittende Mitglied erst wieder erwerben.

Die innerpolitische Folge des verlorenen Krieges — so erzählt Herr Schacht — war, daß durch die Revolution vom November 1918 eine Partei, die als Arbeiterpartei, die in keiner Weise mit der Sozialdemokratie verwandt war, den innerpolitischen Triumph erzielte, indem sie den ersten Triumph auslöste. Ihre sozialistische Parteithesen, von denen sie das Glück der Revolution erzielte, durch die Einführung der innerpolitischen Revolution in Deutschland verwirklicht zu werden. Es ist aber nicht gelungen, diese Thesen zu verwirklichen. Die Träume von der Verwirklichung der Sozialdemokratie, die in den Köpfen der sozialistischen Theoretiker lebten, wurden schon in den allerersten Monaten nach der Revolution zu Wasser. Nach diesen Urweisungen von Herrn Schacht ist aber die Frage berechtigt:

Wo war Herr Schacht in der Zeit? Welche Revolution konnte man von einem verstorbenen Stimmführer erwarten? Die Frage ist ganz leicht zu beantworten, weil Dr. Schacht Schacht, Berlin, den am 16. November 1918 erlangten Triumph zur Gründung der demokratischen Partei unterzeichnet hat, in welchem er unter anderem sagt: „Die Zeit erfordert die Schaffung einer neuen sozialen und wirtschaftlichen Ordnung. Sie erfordert für unproduktive Elemente der Wirtschaft die Idee der Sozialdemokratie aufzugeben...“ Und an einer anderen Stelle des Manifests wird unter den notwendigen Maßnahmen die internationale Durchführung eines sozialistischen Wirtschaftsprogramms gefordert. Schacht lächelte jedoch damals im Kopf des Herrn Schacht! Jetzt fragt allerdings in seinem Kopf etwas ganz anderes. Hat sich überhaupt, daß Herr Schacht von einem verstorbenen Stimmführer seine unproduktive Handlungsfähigkeit erhalten bleibt und daß er sich einmal auch mit seinen heutigen Freunden vertragen wird. Was darf man von ihm erwarten auf seine „Entschlüsse“ über Jugenberühmte erwarten?

Dann folgen Bemerkungen, im Rahmen des Young-Planes eine Reihe von Forderungen zu bekräftigen.

Schacht betont in seinem Buch, daß er „aus innerer Überzeugung und in vollem Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit den Young-Plan unterzeichnet“ hat, versucht aber dann nachzuweisen, daß die Forderungen der jugenberühmten Konstanza eine vollkommenere Verkörperung des Young-Planes bedeuten, daß der völlig auf eine wirtschaftliche Umwälzung gerichtete Young-Plan im Gegensatz mit der Sozialdemokratie bekräftigt werden soll, der den Todesstoß für den Young-Plan bedeute. Der bisherige Sozialistenschand, dem Schacht und Schacht sich Schacht völlig hingibt und mit unproduktiven Handlungsfähigkeiten durchläßt, was Schacht als „Denkschrift“ bezeichnet. So, wie es angenommen werden ist, bedeutet es aber keine Begründung des Young-Planes, was Herr Schacht völlig richtig sagt, wenn er schreibt: es ist nicht

herzigt worden. Die freiwillig versicherten Mitglieder müßten, so hart das auch sei, nach den Bestimmungen des Statuts und der Verbandstagsbeschlüsse wieder regelrecht errungen werden.

Bezirkstarifliche Lohnregelung im Holzgewerbe

Im Holzgewerbe sind nunmehr zwei Drittel der Bezirkstariflichen Abschlüsse unter Dach und Fach. Im Laufe der kommenden Woche wird die neue tarifliche Regelung zu Ende geführt werden. Im Durchschnitt liegen die Lohnabschlüsse zwischen vier und sechs Prozent. Die alten Mantelverträge sind so gut wie unverändert geblieben. So haben die Arbeitgeber in den bezirklichen Abschlüssen, die Reichsarbeitsminister seinerzeit bei den zentralen Verhandlungen angebotenen Verschlechterungen, z. B. in der Ferienregelung durchgeleitet.

Was jetzt bezirklich vereinbart wurde, hätte der Arbeitgeberverband auch zentral haben können wenn er seinerzeit bei den Verhandlungen die Kirche im Dorfe gelassen hätte. Nach der Dinge mühten die Holzarbeiter in der Frage des Lohnabbaus wohl über längere Zeiträume nach. Allein die Unternehmer sind mit ihren Forderungen weit über das Ziel gegangen.

Die Senkung des Lohnniveaus ist, so stellt die Arbeiterzeitung in einem Rückblick auf den Verlauf der bezirklichen Verhandlungen fest durch höhere Gewalt erzwungen worden. Aber die im Tarifvertrag geregelten Arbeitsbedingungen die Ergebnisse jahrelanger Kämpfe, sind unverändert erhalten geblieben. Die Organisation hat auch in schwerster Zeit ihre Kraft und ihre Leistungsfähigkeit bewiesen. Die Lehre, die daraus ziehen ist, lautet: „Schützt und stärkt den Deutschen Holzarbeiterverband!“

Verammlung der Breslauer Wertmeister

Der Deutsche Wertmeister-Verband, Zentrale Breslau, hat seine Mitglieder zu einer großen Versammlung am Montag, dem 8. März, vormittags, im großen Saale der „Königliche Hörsäle“ geladen. Der ehrenamtliche Vertreter des Verbandes, Montageingenieur Albert Waldenburger, hielt einen Vortrag über: „Wirtschaftskrise, Sozialpolitik und Deutsche Wertmeister-Verband“. Der Redner ging auf Ursachen der Wirtschaftskrise, die sich ja nicht nur auf Deutschland beschränkt, ein, und behandelte dann im Zusammenhang damit die Vorgänge auf dem Gebiete der Sozialpolitik und Sozialversicherung. Er betonte besonders, daß der Arbeitgeber vorzunehmende Gehaltsabbau die Krise nicht lindern, sondern nur verschärfen wird, und verlangte anstatt des weiteren Ausbaus der Sozialversicherung. Die Mittel der Sozialversicherungsanstalt für Angestellte gestatten ohne weiteres den Ausbau der Leistungen, die es dann wiederum ermöglicht, ältere Angestellte und besonders Wertmeister in Betrieben herauszunehmen und dafür jüngere Leute einzustellen und damit auch beizutragen zur Lösung des Problems der Jugendlichen.

Er zeigte weiter, daß der Deutsche Wertmeister-Verband alles getan hat, um diesen Forderungen Geltung zu verschaffen und daß er die von der Krise betroffenen Arbeiter nach besten Kräften, gegen seiner bisherigen Praxis, umzusetzen ist nur möglich war. Die sich an den Vortrag anschließende Aussprache zeigte, daß alle Redner die Ausführungen des Vertreters des Verbandsvorstandes vollkommen billigten.

Die innerpolitische Folge des verlorenen Krieges — so erzählt Herr Schacht — war, daß durch die Revolution vom November 1918 eine Partei, die als Arbeiterpartei, die in keiner Weise mit der Sozialdemokratie verwandt war, den innerpolitischen Triumph erzielte, indem sie den ersten Triumph auslöste. Ihre sozialistische Parteithesen, von denen sie das Glück der Revolution erzielte, durch die Einführung der innerpolitischen Revolution in Deutschland verwirklicht zu werden. Es ist aber nicht gelungen, diese Thesen zu verwirklichen. Die Träume von der Verwirklichung der Sozialdemokratie, die in den Köpfen der sozialistischen Theoretiker lebten, wurden schon in den allerersten Monaten nach der Revolution zu Wasser. Nach diesen Urweisungen von Herrn Schacht ist aber die Frage berechtigt: Wo war Herr Schacht in der Zeit? Welche Revolution konnte man von einem verstorbenen Stimmführer erwarten? Die Frage ist ganz leicht zu beantworten, weil Dr. Schacht Schacht, Berlin, den am 16. November 1918 erlangten Triumph zur Gründung der demokratischen Partei unterzeichnet hat, in welchem er unter anderem sagt: „Die Zeit erfordert die Schaffung einer neuen sozialen und wirtschaftlichen Ordnung. Sie erfordert für unproduktive Elemente der Wirtschaft die Idee der Sozialdemokratie aufzugeben...“ Und an einer anderen Stelle des Manifests wird unter den notwendigen Maßnahmen die internationale Durchführung eines sozialistischen Wirtschaftsprogramms gefordert. Schacht lächelte jedoch damals im Kopf des Herrn Schacht! Jetzt fragt allerdings in seinem Kopf etwas ganz anderes. Hat sich überhaupt, daß Herr Schacht von einem verstorbenen Stimmführer seine unproduktive Handlungsfähigkeit erhalten bleibt und daß er sich einmal auch mit seinen heutigen Freunden vertragen wird. Was darf man von ihm erwarten auf seine „Entschlüsse“ über Jugenberühmte erwarten?

Seine Forderung gegen den Kapitalismus

Wir lesen in seinem Buche unter anderem: „Der Kapitalismus, der nicht imstande ist, die Arbeitermassen in der zu ernähren, hat keinerlei Erziehungsberechtigung“ und weiter: „Schuld, die das kapitalistische System auf sich geladen, beruht in seiner Verbindung mit der imperialistischen und tariflichen Gewaltpolitik“. Ausgezeichnet! Herr Schacht nicht konsequent. Zu der imperialistischen Gewalt gehört ja auch Kolonialpolitik, für die Schacht in seinem Buche mit großer Liebe eintritt. Allerdings hätte die Kolonialpolitik für ihn eine mögliche Angelegenheit. Schacht er, daß Deutschland Kolonien für den Bezug von Rohstoffen brauche und daß „in den ehemaligen deutschen Kolonien ein ausreichendes Geld für den Rohstoffbezug gegeben werden verrät aber nicht, was das für Rohstoffe waren und welche Rolle sie für Deutschland als Kolonien in Betracht kommen. An einer Stelle spricht er schamlos von der Lothringischen Eisenbahnbahn. Diese dürfte aber auch selbst ein Kolonialprodukt sein, wie Herr Schacht nicht in seine Kolonialpolitik befragen wollen. Er verrät uns auch nicht, in welchen Kolonialländern Deutschland Ertrag für die lothringische Eisenbahnbahn erzielt. Und so schließen wir unsere Ausführungen mit einer Bemerkung aus dem Schachtischen Buche, der wir voll und ganz zustimmen und die an die früheren sozialistischen Forderungen Schachts erinnert:

„Rund 15 Millionen Erwerbslose sind auf die Unterstützung ihrer Mitmenschen angewiesen und gehen zu den Hungernden und wirtschaftlichen Kerkern der Industriellen in China und Indien herüber Millionen von Menschen sind hungernd, während in den großen Getreideproduktionsländern der Erde verrotten.“

Niemals ist die Unfähigkeit der wirtschaftlichen Führer der kapitalistischen Welt so deutlich zutage getreten wie gegenwärtig.

Wundert sich da noch jemand, daß eine allgemeine Erhebung in den letzten Bevölkerungsjahren fast aller Länder sich ereignet hat, die in sozialistischer, kommunistischer und sozialistischer Reaktion Ausdruck findet?

Herr Schacht kann also sehr gut „marxistisch“ reden, daß er nicht aus keiner Erkenntnis des Sozialismus, sondern aus einer tiefen Einsicht in die kapitalistische Systemen ihre und praktische Konsequenzen zu ziehen, sondern ein Buch geschrieben hat, um der kapitalistischen Reaktion zu dienen.